

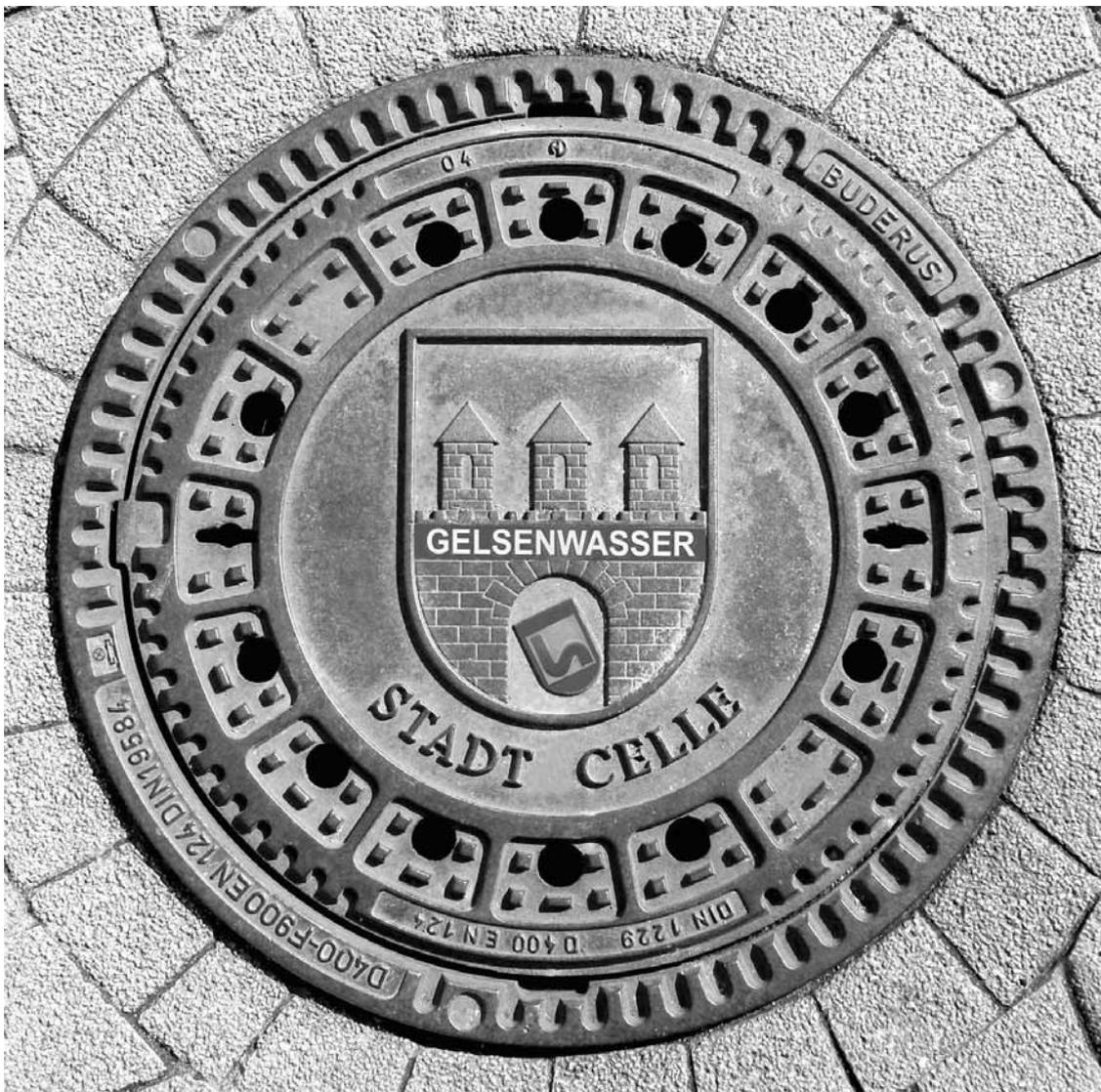
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 64

April / Mai 2013



Privatisierung von Klärwerk und Kanalbetrieb?

Armut und Hartz IV in Celle

2. Mai 1933 – Zerschlagung der Gewerkschaften

INHALT

Hände weg vom Tafelsilber	
Privatisierungspläne wegsülen!	3
Die Gelsenwasser AG	
„Uns reicht ... 25 Prozent“	4
Geheimoperation Gelsenwasser	
Die Wahrheit kommt nur tröpfchenweise	5
Geschäftsmodelle der modernen Alchemisten	
Wie man aus Scheiße Gold macht	7
Interview mit Peter Rosenbaum (BiBS)	
Water makes Money – in Braunschweig	9
Sozialberichterstattung	
Armut und Hartz IV in Celle	11
Meldungen	13
Laternengespräche	
Niemand hat die Absicht ...	16
Mit Hygienevorschriften gegen Nazis	
Landkreis versagt kläglich	18
Neonazis betreiben Geschichtsrevisionismus	
Mal wieder lechts und rinks	20
Peak Car – Auto-Dominanz am Ende?	
Vive la velorultion	21
Grün, grün, grün	
Weil mein Schatz ein Jäger ist	23
Susanne Schultz im Luxemburg Club	
Sachzwang Demografie kritisieren	24
Rüdiger Hachtmann im Luxemburg Club	
Wirtschaftsimperium DAF	25
2. Mai 1933 – Das Ende der Arbeiterorganisationen	
Nazis zerschlagen die Gewerkschaften	26
Termine in Kino, Kultur & Politik	30



Ko s'ohun to'le se k'o ma lo'mi o
Nothing without water
Ko s'ohun to'le se k'o ma lo'mi oOmi o l'ota o
Water, him no get enemy!

Fela Kuti

Schön, dass uns Bürger Müller auf seiner Facebook-Seite an diesen wunderbaren Song von Fela Kuti erinnert hat, der auf die existenzielle Seite des Wassers für Milliarden von Menschen aufmerksam macht. Bei uns hier geht's beim Thema Wasser vorrangig ums Geld, um unser Portemonnaie als Gebührenzahler_innen und um die Gewinne der Konzerne. Aber auch bei uns geht ohne Wasser nichts, und deshalb darf es nicht zur Ware werden: weder das, was aus der Leitung kommt, noch das, was durch die Toilette gerauscht ist.

Beim Wasser gibt es kein Pardon. Und deshalb belästigen wir euch in dieser Ausgabe mit einem fetten Schwerpunkt. Wir haben bei den Recherchen viel gelernt & wir hoffen, euch etwas davon vermitteln zu können. Und dann hoffen wir auf eine klare Ansage auch eurerseits: Privatisierung? Wegspülen!

Im letzten Heft haben wir uns einen blöden sexistischen Witz geleistet, uns aber zwischenzeitlich persönlich dafür – na ja – entschuldigt. Der andere „Witz“ war unfreiwillig – auf dem Titel wurde aus „Guerilla Gardening“ ein „Guerilla Guardening“. Der Verantwortliche rätselt noch immer über den Hintersinn dieser freud'schen Fehlleistung.

Wir erinnern an unsere Kontonummer unten im Kasten und sagen

bis denne – eure revista

PS.: Und selbstverständlich war Fela Kuti auch ein homophober Trottel.

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Privatisierungspläne? Wegspülen!

Die Katze ist aus dem Sack: Oberbürgermeister Mende arbeitet seit Monaten an der Teilprivatisierung der Abwasserwirtschaft. Mit der Gelsenwasser AG (mehr auf S. 4) als Wunschpartner fanden bisher mehrere Gespräche statt. Informiert wurden über Monate weder der Rat noch die Öffentlichkeit, wahrscheinlich aber die SPD-Ratsfraktion. Das alles wird bis heute quasi als Geheimoperation behandelt und das Interesse der Lokalmedien ist leider eher gering. Um einem Ausverkauf des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger zu verhindern, bedarf es jetzt vor allem einer wachsenden Öffentlichkeit. Auf den folgenden Seiten werden wir versuchen darzustellen, was aktuell über den Privatisierungs-Deal bekannt ist.

Mit der Ratssitzung am 14. März 2013 gaben SPD und CDU grünes Licht für eine Teilprivatisierung der Celler Wasser- und Abwasserwirtschaft. Sie stimmten einer rundweg verlogenen Resolution der SPD-Fraktion unter dem Titel „Wasser ist Menschenrecht - Wasserversorgung und Abwasserreinigung müssen durch die öffentliche Hand kontrolliert werden“ zu, in der es ausdrücklich auch heißt:

„Die in Celle auf Grund der Beschlusslage des Rates vom 14.2.2013 zu überprüfende Wasser- und Abwasserversorgung in kommunaler Hand steht mit der vorgesehenen Änderung der Konzessionsvergaben auf EU Ebene nicht in unmittelbarem Zusammenhang. Gleichwohl wollen wir nur unter Beachtung dieser Grundüberzeugung diese Bereiche neu aufstellen. Die Stadt wird ihren letztentscheidenden Einfluss nicht zur Disposition stellen. Maßgeblich wird sie deshalb auf die Eigentumsverhältnisse bei Kooperationspartnern und auf die eigenen Anteilsanteile abstellen. Insbesondere ist die Auswirkung der steuerlichen Komponente im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu überprüfen und zu würdigen.“

Die Bezugnahme auf den Ratsbeschluss vom Vormonat hat durchaus seine Berechtigung, denn im Rahmen des so genannten Haushaltssicherungskonzeptes hatten mit Ausnahme der Fraktionen von Die Linke/BSG und Die Unabhängigen alle anderen zugestimmt, dass eine „Verringerung der laufenden Aufwendungen u.a. durch [...] Ausgliederung von selbst erbrachten Leistungen, Teilbetrieben oder Betrieben an private Betreiber“ realisiert werden sollen.

Immerhin besannen sich die Fraktionen von Bündnis '90/Die Grünen und der Wählergemeinschaft eines anderen und brachten zusammen mit den anderen beiden kleinen Ratsfraktionen eine Resolution mit eindeutiger Aussage ein:

„Für Celle wird daher die Privatisierung, einschließlich einer sog. Teilprivatisierung, der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ausgeschlossen.“

Darauf – im übrigen – reagierte dann die SPD mit ihrer Teilprivatisierungs-Resolution, die erstmals in der öffentlichen Diskussion auch den Trinkwasserbereich mit einschließt.

Das einzig Positive, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt zumindest die Richtung kennen, in die Oberbürgermeister Mende und die große Koalition aus SPD und CDU das „Stadtschiff“ (Zobel) steuern und welchen „Ballast“ sie dabei abwerfen wollen.

Lange war dem nämlich nicht so. Erst eine Anfrage der Fraktion Die Linke/BSG am 29. Januar hatte die Geheimoperation Gelsenwasser an die Öffentlichkeit gebracht. Aber Details sind bis heute nicht bekannt (siehe Artikel auf den S. 5-6)



Unter dem Motto „Hände weg vom Tafelsilber der Stadt Celle“ machte die Gewerkschaft ver.di am 31. Januar mittags mit einer Kundgebung auf dem Großen Plan Druck. (Foto) Die rund 150 Teilnehmer_innen dieser „Aktiven Mittagspause“ setzten schon ein beeindruckendes Zeichen. In einem dort verteilten Flugblatt gibt es eine deutliche Kritik:

„Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Privatisierung öffentlicher Aufgaben keineswegs billiger wird und häufig auch die Qualität leidet. Doch hiervon scheint bei der Celler Kommunalpolitik - insbesondere bei den Ratsfraktionen der CDU, FDP und SPD – nichts angekommen zu sein. Will man doch mit dem Klärwerk und dem Kanalbetrieb wieder mal Betriebe ausgliedern und erneut Tafelsilber verkaufen, um kurzfristig den Schuldenstand in Celle zu verringern. Aber am Ende auf Kosten der Celler Bürger!“

„Uns reicht ... 25 Prozent“

Die Gelsenwasser AG ist eine der größten Trinkwasser- und Abwasserversorgungsunternehmen Deutschlands, zudem ist sie im Bereich Energie – Strom und Gas – tätig. 2011 hatte sie eine Belegschaft von 1615 Beschäftigten. Der Umsatz stieg von 2006 auf 2011 von 300 Mio. Euro auf 866,5 Mio. Euro, fast eine Verdreifachung. Sie ist eine Kapitalgesellschaft und hat Beteiligungen im gesamten Bundesgebiet.

Das Unternehmen gehörte zum E.ON-Konzern, bis die Dortmunder und Bochumer Stadtwerke 2003 dessen Anteile übernahmen. Die spektakuläre Investition von 835 Millionen Euro finanzierten die beiden finanziell klammen SPD-Kommunen über Kredite der West LB (Landesbank). Diese ist inzwischen im Verlauf der Finanzkrise seit 2007 über den „Deister“ gegangen. Etwa 18 Milliarden Euro hat die Abwicklung der West LB die Steuerzahler_innen gekostet; sie ist heute nur noch ein Schatten ihrer einstigen Größe.

Vorstandschef der Gelsenwasser AG wurde SPD-Urgestein Manfred Scholle, der sich als „Strippenzieher des Ruhrgebiets“ einen Namen machte. Die Gelsenwasser AG hat beste Beziehungen zur SPD. Seit dem 1. Oktober 2011 ist Henning R. Deters neuer Vorstandsvorsitzender mit einem Jahresgehalt von 800.000 Euro. Er kommt aus dem Vorstand von E.ON-Ruhrgas. In den sieben Jahren von 2005 bis 2011 machte der Konzern

jedes Jahr einen Gewinn von im Schnitt 100 Millionen Euro, 2010 waren es sogar über 150 Millionen („finanzen.net“). Der Großteil der Gewinne landete über einen „Gewinnabführungsvertrag“ bei ihren Hauptteigener_innen.

In einem Interview mit den RuhrNachrichten vom 06.06.2012 stellte sich Henning R. Deters als Freund der Kommunen dar: „Wir wollen Fachpartnerschaften entwickeln. Uns reicht dafür ein Mindestmaß an Beteiligung, um die 25 Prozent.“

(Foto: Gelsenwasser AG)



„Durch das Engagement in den neuen Bundesländern rückte nun auch die Abwasserentsorgung als Aufgabenbereich in das Blickfeld, da dort – anders als in Westdeutschland – die gemeinsame Lösung von Ver- und Entsorgungsfragen nicht ungewöhnlich war. 1993 begann Gelsenwasser mit dem Aufbau des Geschäftsbereichs Abwasser, für den sich auch im alten Bundesgebiet rasch Bedarf ergab, denn die teilweise noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Kanalisationsnetze sowie steigende Anforderungen an die Klärtechnik verlangten den Kommunen große Anstrengungen ab.

Unterstützung bietet hier die 1994 von Gelsenwasser mit der VEW Umwelt GmbH gegründete AWS Abwassersysteme GmbH in Dortmund, die sich seit 1999 zu 100 Prozent im Besitz von Gelsenwasser befindet. Seit 1996 ist Gelsenwasser über seine Beteiligung an der Abwassergesellschaft Gelsenkirchen mbH (AGG) auch an seinem Unternehmenssitz im Abwassergeschäft tätig. Bremen, Dresden, Magdeburg und Herne sind Beispiele für weitere Städte, in denen Gelsenwasser inzwischen an der Abwasserbeseitigung beteiligt ist.

Das Geschäftsfeld Abwasser bildet auch den Kern der Auslandstätigkeit des Unternehmens, die Mitte der 1990er Jahre in Osteuropa ihren Anfang nahm. Die erste Beteiligung im Jahr 1995 erfolgte allerdings im Bereich des Energie- und Wärmemarkts durch die Mitgründung von TERA Cheb in Tschechien. 1998 wurde Gelsenwasser größter Aktionär des Wasser- und Abwasserunternehmens CHEVAK, ebenfalls mit Sitz in Cheb. Weitere Beteiligungen in Tschechien, Ungarn und der Türkei folgten, und seit 2007 hält Gelsenwasser 60 Prozent an einem im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung tätigen französischen Unternehmen. Erwähnenswert ist weiterhin das Engagement beim Wiederaufbau im Kosovo; zwischen 2001 und 2007 unterstützte Gelsenwasser dort Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung von etwa 800.000 Menschen.“

Quelle: Beate Olmer, 125 Jahre GELSENWASSER AG – Ein Rückblick, aus: Gelsenwasser AG – Geschäftsbericht 2011, S. 58f.

Wahrheit kommt nur tröpfchenweise

Ist es angemessen von einer »Geheimoperation« zu sprechen, wenn es darum geht, dass die Verwaltungsspitze über Monate Gespräche mit der Gelsenwasser AG führt, ohne Rat und Öffentlichkeit zu informieren? Wir meinen ja. Und Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende weigert sich bis heute, zu den wesentlichen Fragen Stellung zu nehmen. Im folgenden eine Chronik der gescheiterter Aufklärung.

Aus halbwegs gesicherter Quelle wissen wir, dass die Celler Verwaltungsspitze seit fast einem Jahr schon, nämlich spätestens ab Mai 2012, Gespräche mit der Gelsenwasser AG führt. Diese Information wurde auch der Ratsfraktion Die Linke/BSG gesteckt, die daraufhin am 29. Januar 2013 mit einer Anfrage und einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit ging. Ihr Fraktionsvorsitzender Oliver Müller kritisierte: *„Wir betrachten es als höchst problematisch, wenn hier am Rat vorbei erste Schritte zu einer Teilprivatisierung eingeleitet werden. Wassergewinnung und auch der Abwasserbereich sind aus unserer Sicht originäre Aufgabe der Kommune. Das gehört nicht in die Hände einer Aktiengesellschaft.“*

Die Fragen waren klar:

- 1.) Führt die Stadtwerke Celle GmbH Gespräche mit der Gelsenwasser AG [...] zum Zwecke einer wie auch immer gearteten Kooperation im Bereich Trinkwasser?
- 2.) Führt die Stadt Celle Gespräche mit der Gelsenwasser AG [...] zum Zwecke einer wie auch immer gearteten Kooperation im Bereich Abwasser?
- 3.) Was ist – wenn ja (zu 1. und/oder 2.) – der Zweck dieser Gespräche?
- 4.) Wenn ja (zu 1. und/oder 2.) – Warum wurde der Rat der Stadt Celle hierüber nicht in Kenntnis gesetzt?

Noch vor den Fragestellern bekam die CZ eine Antwort. In der Ausgabe vom 02.02.2013 ist zu lesen:

„Weder die Stadtwerke noch die Stadt selbst führten Gespräche mit Gelsenwasser, heißt es dazu auf CZ-Anfrage aus dem Rathaus. »Ergänzend sei allerdings darauf hingewiesen, dass Kooperationen oder Privatisierungen ganz generell nicht durch Gespräche festgeschrieben und organisiert werden können. Vielmehr sind dafür in aller Regel europaweite Ausschreibungen notwendig«, stellt der städtische Pressesprecher Wolfgang Fischer klar. [...] Zu den Kernaufgaben der Verwaltung gehört es, die Ratsbeschlüsse vorzubereiten und auszuführen, so der Sprecher [...] Der Rat und auch die Fraktion Die Linke/BSG könne nicht erwarten, dass diese »Vielzahl der Kontakte und Gespräche« im Einzelnen dargestellt werde [...] Dass die Stadt in nächster Zeit

die Trinkwasserversorgung aus der Hand gebe, sei jedenfalls nicht zu befürchten, so Fischer. »Im Dezember 2010 hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, die Konzession für die Wasserversorgung für weitere 20 Jahre bis April 2031 an die Stadtwerke Celle GmbH zu vergeben - ganz nebenbei auch ein Form von Privatisierung.«

Eine gezielte Falschinformation – einige Nebelraketen und ein beherrschender Zeigefinger.

Die CZ lag noch auf den Ladentresen, als Oberbürgermeister Mende seinen Rat per Mail mit einer Ergänzung informierte, die in einem knapp ausfiel – nämlich in der Beantwortung der Fragen: Zu 1. und 2. war die Antwort „Nein“ und zu 3. und 4. „entfällt“.

Allerdings meinte der OB seinen Rat darüber aufklären zu wollen, warum „Nein“ eigentlich auch „Ja“ heißen kann:

„[...] angesichts der Presseberichterstattung zur Privatisierungsanfrage der Linken/BSG entsteht der falsche Eindruck, als habe es seitens der



Verwaltung gar keine Gespräche mit Gelsenwasser gegeben. Dies ist nicht richtig. Die Presse ist über die von der Verwaltung beabsichtigte Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke/BSG in Kenntnis gesetzt worden. Angesichts der Fragestellung und der Erwartung, die Fragen zu 1 und zu 2 ausschließlich mit Ja oder Nein zu beantworten (nur so sind die Fragen zu 3 und 4 verständlich), mussten die Fragen zu eins und zwei mit "Nein" beantwortet werden. Sie sind so formuliert, dass nicht nach Gesprächen

allgemein gefragt wird, sondern nach Gesprächen mit einem bestimmten Inhalt. Aus diesem Aspekt ergibt sich die Verneinung. [...] Ich hoffe mit dieser Klarstellung etwaige Irritationen beseitigt zu haben."

Wäre es ein Kinderfilm mit superkecken Zwergen, die überschlauemeiernd-schelmisch ihre Eltern anschwindeln, könnten wir's vielleicht noch lustig finden. Aber bitte nicht bei gesellschaftlich relevanten Fragen.

Die Antwort, aber das nur nebenbei, lässt sich bis heute nicht im „allris“-Ratsinformationssystem finden. Dafür aber das nächste Fragepäckchen der Linke/BSG, das Oliver Müller so begründete: *„Das Thema Privatisierung oder Teilprivatisierung beunruhigt Beschäftigte und Bevölkerung. Die erwarten zu Recht keine sophistischen Spielereien, sondern Klarheit und Wahrheit.“* Und deshalb lauteten die neuen Fragen:

- 1.) *Wie oft und wann hat sich die Verwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Gelsenwasser AG getroffen?*
- 2.) *Welcher Geschäftsebene von Gelsenwasser sind diese Vertreterinnen und Vertreter zuzuordnen?*
- 3.) *Was war jeweils der Gegenstand bzw. die Gegenstände der Gespräche bzw. zu welchem Zweck wurden die Gespräche geführt?*
- 4.) *Auf welcher kommunalrechtlichen Grundlage hat die Verwaltung, ohne vom Rat dazu beauftragt zu sein, diese Gespräche geführt?*
- 5.) *Hat die Verwaltung Protokolle bzw. Aktennotizen zu den Gesprächen angefertigt? Wenn ja – kann der Rat bzw. Ratsmitglieder in diese Einsicht nehmen bzw. können sie den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden?“*

Die Antwort gab es im vertraulich tagenden Verwaltungsausschuss, so dass die Öffentlichkeit bis heute die Details nicht kennt. Unseren Informationen nach gab OB Mende in etwa folgendes preis:

Die Verwaltung habe sich insgesamt dreimal mit Vertreter_innen von Gelsenwasser getroffen. Im Protokoll gibt es dazu eine merkwürdige Klammer-Anmerkung, nämlich – Klammer auf „ohne OB“ Klammer zu. Die Ratsfraktion Die Linke/BSG hat diese Protokollnotiz hinterfragt, eine Antwort wurde verweigert. So kann jetzt gerätselt werden, ob Mende entweder bei den drei Gesprächen nicht dabei war oder ob es neben diesen drei Gesprächen zusätzliche mit dem OB gegeben hat.

Die Gesprächspartner_innen von Gelsenwasser seien der „Arbeitsebene“ zuzuordnen. Schwammiger geht's nicht, aber das ist alles, was dazu mitgeteilt wurde.

Die Frage nach Gegenstand und Zweck der Gespräche beantwortete OB Mende dahingehend, dass die Verwaltung sich exemplarisch mit Gelsenwasser über Erfahrungen und Erkenntnisse der Abwasserorganisation austauschen wollen.

Aus Sicht des OB habe er eine selbständige Entscheidungszuständigkeit und könne zur Vorbereitung von Beschlüssen reden, mit wem er wolle. Dazu eine Anmerkung: Niemand will einen Maulkorb für den OB

und niemand will ihm in der Alltagsverwaltung vorschreiben, mit wem er redet oder nicht. Aber ist es nicht fragwürdig, wenn die Stadt Celle sich gerade von einem Konzern, der seine Markteteiligungen erweitern will, über rechtliche Umstände solcher Beteiligungen aufklären lässt?

Eine Akteneinsicht verweigerte Mende den Ratsmitgliedern. Das Auskunftsrecht des Rates sei zwar umfassend zu verstehen, aber es gäbe einen „unausforschbaren Kernbereich der Verwaltung“ im Hinblick darauf, wie sich die Verwaltung eine Meinung bilde.

Gegenüber der Presse gab OB Mende dann die Linie vor, die allen Kritiker_innen seitdem vorgehalten wird:

„Wichtig ist bei solchen Konstruktionen nicht die Rechtsform oder der Partner, sondern die eine Frage: Wer hat welchen Einfluss? Und hier muss der Einfluss der Stadt entscheidend bleiben – in dieser Frage bin ich ganz dicht bei den Linken, und das ist die Prämisse, unter der ich Gespräche führte.“ (CZ, 14.02.2013)

Zwei andere Behauptungen kommen in dieser Argumentationsstruktur hinzu, mit denen vor allem Verwirrung gestiftet werden soll: 1.) Die Trinkwasserversorgung sei bereits privatisiert – in Form der Stadtwerke GmbH, und 2.) die Konzession für die Trinkwasserversorgung sei bis 2031 an die Stadtwerke vergeben.

Beides ist formell richtig, führt aber materiell in die Irre. Die Stadtwerke GmbH ist eine 100 %-ige Tochter der Stadt Celle, also das, was im Kommunaljargon Eigenbetrieb genannt wird. Mit dem, was gemeinhin unter Privatisierung verstanden wird, hat es recht wenig zu tun. Alles, was in den Stadtwerken passiert, wird vom siebenköpfigen Aufsichtsrat kontrolliert, in dem ausschließlich Ratsmitglieder und der Oberbürgermeister sitzen. Die Stadt konnte die Konzession für die Trinkwasserversorgung an die Stadtwerke vergeben, ohne dies öffentlich auszuschreiben.

In einer „Halbzeitbilanz“ der Arbeit des Oberbürgermeisters befand Nina Graap (Mitglied im Vorstand der SPD): *„Als Chef im neuen Rathaus hat er mehr Bürgernähe auch dort einziehen lassen und die Kommunikation zwischen Behörde und den BürgerInnen verbessert.“* Ein besonderes Beispiel dieser Bürgernähe bewies Mende in der letzten Einwohnerfragestunde des Rates. Ein Bürger hatte sich mit folgenden Fragen an den Hauptverwaltungsbeamten gewandt:

- 1.) *Wann erstmals und wie oft hat sich die Verwaltung der Stadt Celle im Jahr 2012 mit Vertreterinnen/Vertretern der Gelsenwasser AG getroffen?*
- 2.) *Was war jeweils der Gegenstand der Gespräche?*
- 3.) *Wann hat der Oberbürgermeister den Rat erstmals darüber informiert, dass Gespräche mit der Gelsenwasser AG geführt werden und ist schon über Ergebnisse dieser Gespräche informiert worden?“*

Jegliche Antwort darauf wurde ihm schlicht und einfach verweigert.

Wie man aus Scheiße Gold macht

„Konzerne wollen natürlich nicht in erster Linie die Kunden, die Bürger mit gutem, billigem Wasser versorgen, sondern sie wollen hohe Gewinne machen.“ So Werner Rüggemer (attac) gegenüber »Panorama 3«. So ist es wohl – die Frage ist, wie sie dies hinbekommen. Schauen wir uns an, wie aktuell die Abwasserversorgung in Celle geregelt ist und durch welche Türen Gelsenwasser sich einen Zugang verschaffen könnte.

Im Abwasserbereich geht es für die Verbraucher_innen in Celle noch fast „sozialistisch“ zu, denn: Die Gebühren werden hier kostendeckend erhoben. Zudem gibt es die vergleichsweise einfache Regelung, dass als Maßstab für das Abwasseraufkommen die Trinkwassermenge genommen wird. Also: Wenn ein Haushalt 100 m³ Trinkwasser im Jahr verbraucht, zahlt er Abwassergebühren für ebenfalls 100 m³. Es gibt im Jahr gebührenrelevante Kosten von gut 9 Millionen Euro, und diese werden dann aufgeteilt auf die rund 3,5 Millionen m³ Wasserverbrauch. Das ergibt dann einen m³-Preis von 2,70 Euro – ohne Umsatzsteuer übrigens, denn die wird bei im Eigenbetrieb erbrachten Leistungen nicht wirksam. Das alles ist sehr transparent, weil es sich detailliert im Haushaltsplan der Stadt und den öffentlich zugänglichen Gebührenberechnungen wiederfindet. Wunderbar – warum etwas daran ändern?

Die SPD-Fraktion hatte schon Anfang Dezember die „Prüfung einer Minderheitsbeteiligung von Dritten beim Bau, beim Betrieb und der Unterhaltung von Entwässerungseinrichtungen sowie der Abwasserbehandlung unter Beteiligung der Stadtwerke“ beantragt. (Daher unsere Vermutung, dass sie in die Gelsenwasser-Gespräche eingeweiht war.) In der Begründung ist zu lesen:

„Für diesen Aufgabenbereich stehen in nächster Zeit hohe Investitionen an. Siehe Investitionshaushalt. Die Beteiligung privater Investoren in diesem Bereich kann zu einem erheblichen Schuldenabbau bei der Stadt führen. Das wiederum würde die Zinszahlungen erheblich verringern.“

Ohne dass wir jetzt die großen Expert_innen sind, finden wir im Haushalt für die nächsten fünf Jahre im Bereich Klärwerk/Kanalbetrieb ein Investitionsvolumen von rund 6 Millionen Euro. Das klingt vielleicht nach viel, ist aber gerade ein Drittel dessen, was die Stadt für die überflüssige Zweispurigkeit des Nordwalls und den Neumarkt-Kreisel aus der eigenen Kasse bezahlen will.

Im Unterschied zum Straßenbauprojekt aber lassen sich die Investitionen für Klärwerk und Kanalbetrieb einfach in die Gebühren „einpreisen“ – sie sind heute schon Bestandteil der Gebühren und sie sind es bei zukünftigen Investitionen. Und da würde sich auch nichts ändern, wenn ein Konzern an der Abwasserversorgung

beteiligt ist. Der will doch nicht Geld verbrennen, sondern Geld verdienen – also würden selbstverständlich auch dort die Investitionskosten Teil des Gebührenhaushalts sein. Auf dem Kapitalmarkt steht im übrigen eine Kommune nach wie vor ein bisschen besser da als private Konkurrenten. Die Stadt dürfte bei der N-Bank Kredite für etwa 1,5 Prozent bekommen; ein bisschen mehr müssen Private selbst beim derzeitigen Niedrigzinskurs bezahlen.

Draufzahlen tun aber in jedem Falle die Gebührenzahler_innen. Der »Wasserverbandstag e.V. für Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt« hat im Jahr 2010 vorgerechnet:

„Wird die Möglichkeit der Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf einen privaten Dritten ermöglicht [...], so [...] führt [dies] dazu, dass generell 19 % Umsatzsteuer zu leisten sind. Gemäß Modellrechnungen verschiedener Institutionen ist [...] mit Gebührenerhöhungen bei den Bürgern von mindestens 12,25 bis zu 25 % zu rechnen – trotz der dann bestehenden Möglichkeit des Vorsteuerabzuges bei Investitionen.“

Sicher, das belastet nicht den Haushalt der Stadt, sondern nur die Haushalte der Bürger_innen. Die Auswirkungen in konkreten Fällen hat der »Wasserverbandstag« auch benannt:

„So stiegen die Gebühren in Rostock nach der Übernahme durch ein privates Unternehmen (Eurawasser) für einen 3-4 Personen-Haushalt einschließlich Grundgebühr insgesamt um über 220 %. In Potsdam (ebenfalls Eurawasser) führten Gebührenerhöhungen von knapp 80 % innerhalb von zwei Jahren letztlich zu einer Kündigung des Vertrags durch die Stadt Potsdam. Und auch Berlin (Konsortium aus Veolia Wasser, RWE und Allianz) musste mehrfach Gebührenerhöhungen hinnehmen. Zudem sollten hier bis zum Jahr 2009 rund 1900 Arbeitsplätze vom privaten Betreiberkonsortium abgebaut werden.“

Die Celler Altparteien CDU/SPD/FDP und ihren Oberbürgermeister scheinen derartige Betrachtungen nicht zu irritieren. Sie haben sich in einer Art Autosuggestion in die Herkules-Aufgabe der Haushaltskonsolidierung verrannt und schielen auf das „große Geld“, das ihnen eine Privatisierung in die Kasse spülen soll.

Wie kann das gelingen? In einer Broschüre der Gelsenwasser AG „Ihr Partner für eine nachhaltige Abwasserwirtschaft“ wird dieser Weg zu einer „Fachpartnerschaft“, wie der Konzern seine Beteiligungsgelüste euphemistisch nennt, skizziert:

Der wichtigste Schritt ist die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft. Dies dürfte in der Regel eine

GmbH sein. Der entscheidende Vorteil gegenüber der bisherigen Betriebsform: Die gemeinsame Gesellschaft darf Gewinne machen. Und Gelsenwasser verspricht: *„Die frei verfügbaren zusätzlichen Erträge können den jährlichen Haushaltsmittelzufluss stärken oder auch als einmaliger Zufluss ausgestaltet werden.“*

Und wo sollen die Erträge herkommen? *„Die Gebührenerhöhung verbleibt bei der Kommune. Die Höhe der Gebühren wird weiterhin von der Verwaltung vorgeschlagen und vom Rat festgelegt.“* (Falls es die Ratsmitglieder noch nicht wissen: Sie sind bei Gebührenerhöhungen verantwortlich und dem Zorn der Bürger_innen ausgesetzt.) Die Stadt sammelt also die Gebühren ein und zahlt sie als „Entgelt“ für die Erledigung festgeschriebener Aufgaben an die GmbH. Damit Gelsenwasser nicht zu kurz kommt, soll die Höhe bereits für die gesamte Vertragslaufzeit festgelegt werden. Der Gewinn ist „eingepreist“, soviel dürfte feststehen. Ein zusätzliches Schnäppchen will Gelsenwasser durch ihr Fachwissen generieren: *„Hier lassen sich vor allem durch die Investitionssteuerung, den Austausch mit zahlreichen erfahrenen Kollegen, bei Einkauf und Materialwirtschaft sowie durch Insourcing bislang extern vergebener Leistungen Vorteile erzielen.“*

Zwei Versprechungen liefert die Broschüre noch obendrauf, erstens: *„Mitarbeiter im Fachpartnermodell [genießen] vollen Bestandsschutz; Gelsenwasser schließt betriebsbedingte Beendigungskündigungen aus.“*

D.h. Änderungskündigungen gibt es. Und die gerade für Beschäftigte der unteren Lohngruppe wichtige Zusatzrente im öffentlichen Dienst wird nicht erwähnt.

Und zweitens: *„Das Fachpartnermodell der GELSENWASSER AG ist umsatzsteueroptimiert. So fallen durch die Umsatzsteuerpflicht privatrechtlicher Gesellschaften weder erhöhte Gebühren an, noch werden die Leistungen der Fachpartnergesellschaft teurer.“*

Kurz gesagt also: Man wird sich bemühen, nicht die Steuern zu zahlen, die man eigentlich zahlen müsste.

Übersehen werden sollte zudem nicht, warum die Abwasserversorgung eine „hoheitliche“ Aufgabe ist, also letztendlich in der Verantwortung des Staates steht – hierzu noch einmal der »Wasserverbandstag«:

„So ist die Abwasserbeseitigung ein klassischer Bereich der Daseinsvorsorge, da aus Gründen der Gesundheit und des Umweltschutzes ein Kollektivinteresse an der ordnungsgemäßen Beseitigung von Abwasser besteht. Dieses Kollektivinteresse deckt sich nicht mit dem Individualinteresse eines privaten Abwasserbeseitigungspflichtigen, der vorrangig finanzielle Interessen (Gewinnmaximierung) an der Beseitigung des Abwassers hat. So hat die Zwangsprivatisierung in Großbritannien z.B. zu Erkrankungszunahmen bei Hepatitis A um 200 %, bei Ruhr sogar um 600 % geführt. Insgesamt hat es in Großbritannien bei privaten Unternehmen 128 Verurteilungen wegen Minderqualität und Vernachlässigung der Infrastruktur gegeben.“

Positionen der Ratsfraktionen

Kolleg_innen von ver.di haben im Februar mit den Ratsfraktionen über die Thematik Betriebsausgliederungen / Privatisierungen geredet. Bis auf die FDP sind alle der Einladung gefolgt. Auf einem ver.di-Flugblatt sind die Statements zu dem Thema wie folgt zusammengefasst:

CDU

- Reduzierung kommunaler Aufgaben auf "Kernkompetenzen" bzw. nur hoheitliche Aufgaben
- keine Privatisierung des Wasser/Abwasserbereiches
- nach Empfehlung des KGST-Gutachten* werden Privatisierungen und Betriebsausgliederungen angestrebt
- Privatisierungen und Betriebsausgliederungen über sozialverträglichen Stellenabbau
- 1% der Stellen pro Jahr einsparen (10 Stellen)
- Insbesondere Wiederbesetzungen genau prüfen

Grüne

- Privatisierungen und Betriebsausgliederungen sind nicht das Mittel der 1. Wahl, aber auch nicht auszuschließen
- keine Privatisierung des Wasser/Abwasserbereiches
- für Erhalt öffentlicher Infrastruktur

Linke/BSG

- gegen jegliche Privatisierung
- für Stärkung kommunaler Einrichtungen
- für Erhalt öffentlicher Infrastruktur
- Ratsinitiative zur Offenlegung der geführten Gespräche

SPD

- nach Empfehlung des KGST-Gutachten sind Privatisierungen und Betriebsausgliederungen nicht auszuschließen
- Privatisierungen und Betriebsausgliederungen über sozialverträglichen Stellenabbau
- für Privatisierung des Abwasserbereichs (49 % Beteiligung)
- Abgabe verschiedener städtischer Aufgaben an Stadtwerke

Unabhängige

- gegen jegliche Privatisierung
- für Stärkung kommunaler Einrichtungen
- für Erhalt öffentlicher Infrastruktur
- keine nicht notwendigen Baumaßnahmen / Prestigeobjekte durchführen, wenn kein Geld da ist

Wählergemeinschaft

- gegen jegliche Privatisierung
- für Stärkung kommunaler Einrichtungen
- für Erhalt öffentlicher Infrastruktur
- Unterstützung der ver.di Initiative *Wasser ist Menschenrecht*

Anmerkung unsererseits: Absolut unverständlich ist, wie so die CDU-Fraktion nach obiger Stellungnahme im Rat der SPD-Resolution zustimmt, die ausdrücklich die Prüfung von Privatisierung im Wasser- und Abwasserbereich empfiehlt (siehe S. 3 in diesem Heft).

* KGST = Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement; mit mehrheitlichem Ratsbeschluss soll dort ein Gutachten zur Haushaltskonsolidierung in Auftrag gegeben werden.

Water makes Money – in Braunschweig

Im Dokumentarfilm „Water makes Money“ ist eins der Fallbeispiele die Stadt Braunschweig, die 2006 ihre Abwasserentsorgung privatisierte. Einer der Kritiker und Protagonisten in der Doku ist Peter Rosenbaum, Vorsitzender der Ratsfraktion „Bürgerinitiativen Braunschweig (BiBS)“. Er kommt am 11. April nach Celle, um im Anschluss an die Vorführung des Films im Kino achteinhalb die Besucher_innen über den Fall in unserer Nachbarstadt zu informieren und mit ihnen zu diskutieren. Wir haben vorab ein Interview mit ihm geführt.



?: Nachdem wir uns „Water Makes Money“ und kürzlich die Sendung von „Panorama 3“ angeschaut haben, wissen wir zwar, dass in Braunschweig eine Schweinerei in Sachen Privatisierung der Abwasserversorgung gelaufen ist, aber: Wir verstehen nicht ganz, wie das funktioniert. Lass’ uns die Sache mal aufdröseln. Wie hat das Ganze angefangen?

!!: Ziel im Rathaus war die Beschaffung von viel Geld, ohne Schulden zu machen, die im Stadthaushalt auftauchen. Dafür bedurfte es privater Partner, die zumindest formal auf ihren Namen bei den Banken die Kredite aufnahmen bzw. aufnehmen. Als private Partner fungierten dabei der Abwasser(zweck)verband einerseits und veolia mit einer eigens dafür gegründeten GmbH andererseits, die aber beide weder die nötigen finanziellen Potenzen, noch bank-übliche Sicherheiten bieten konnten. Die Banken haben sich daher von der Stadt Braunschweig Rückversicherungen unterschreiben lassen, sog. Forfaitierungen mit Einredevorbehalt. Damit kommen die Banken immer an ihr Geld, auch wenn z.B. die veolia-Tochter zahlungsunfähig wäre. Für die Banken also ein risikoloses, einträgliches Geschäftsmodell, welches von teuren Beratergesellschaften erdacht wurde.

?: Wie ist die Privatisierung dann finanziell gelaufen?

!!: Es wurden 248 Mio. € gleich zu Beginn der umfangreichen Verträge im Januar 2006 bei der Nord LB und der Dexia Bank beschafft. Dafür wurde formal ein sog. "Nutzungsrecht" an den Kanälen an den Abwasserverband verkauft. Dann noch einmal 25 Mio. € für den Verkauf des eigentlichen Betriebes Stadtentwässerung an

die veolia-Tochter. Alles über forfaitierte Kredite zu Lasten der Stadt.

?: Wie macht Veolia jetzt über diese Konstruktion ihre Gewinne? Hat das Auswirkungen auf die Abwassergebühren? Was hat sich für die Beschäftigten verändert?

!!: Für den Betrieb erhält Stadtentwässerung/veolia Leistungsentgelte, wovon das Personal und Material etc. zu bezahlen ist, wie bei privaten Firmen eben üblich, natürlich auch mit Gewinn-Margen.

Zusätzlich ist StEB/veolia mit dem Abwasserbetrieb auch vertraglich für alle Neu-Investitionen in die Kanäle und Betriebsausstattungen zuständig. Diese Mittel für Neu-Investitionen werden wiederum über forfaitierte Kredite (jährlich ca. 15 Mio. €) beschafft. Daran verdient StEB/veolia noch einmal eine Pauschale von 14,5 %. Für Bürger_innen und Beschäftigten hat sich wenig verändert, da das Geschäftsmodell auf dreißig Jahre ausgelegt ist. Erst im Jahre 2025 werden die dann aufgetürmten Kreditverpflichtungen sichtbar und müssen von unseren Kindern bezahlt werden.

?: Welche Ratsfraktionen waren bei euch eigentlich dafür und welche dagegen? Kann die Stadt eigentlich aus dieser Privatisierung wieder rauskommen?

!!: Für die Abwasserprivatisierung haben Ende 2005 CDU, SPD und FDP gestimmt, Grüne und Linke dagegen. Die Privatisierung endet 2025, sofern die Stadt dann die Rückzahlungsansprüche der Banken in Höhe von ca. 350 Mio. € erfüllen kann. Wenn nicht, muss die Stadt dann ganz offiziell und auf eigene Rechnung um Neu-Kredite nachsuchen.

?: Welche Folgen hat das aus deiner Sicht für die Bürgerinnen und Bürger mittel- und langfristig?

!!: Bis zur Privatisierung war in den zu zahlenden Abwassergebühren alles - einschließlich der Neuinvestitionen enthalten. Seit 2006 nicht mehr, seither werden die Neuinvestitionen über Kredite bezahlt, wofür die Rechnung dann ab 2025 präsentiert wird.





Stadtkaffee Celle, ein Agenda-Kaffee

Den ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen des Weltladens Celle ist es gelungen, einen »Stadtkaffee« zu entwickeln. Die Idee basiert auf der *Agenda 21*, einem Programm zur nachhaltigen Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik, das 1992 in Rio von der UN beschlossen wurde.

Ein schönes Beispiel im Sinne von „global denken – lokal handeln“ ist das Projekt des Weltladens Celle, das von etlichen Celler Institutionen, Personen und Firmen unterstützt worden ist. Diese Unterstützer werden auf der Rückseite der Verpackung des »Stadtkaffee Celle« erwähnt.

Der »Stadtkaffee Celle« kommt aus dem Nordwesten Kameruns mit der Provinzhauptstadt Bamenda, wo sich etwa 35.000 Kaffeebauer_innen zu einem Kooperativen-Dachverband zusammengeschlossen haben, um ihren Kaffee unter umweltschonenden Bedingungen anzubauen und fair zu vermarkten. Diesen Kaffee bezieht der Weltladen Celle von der Fairhandels-Organisation El Puente. Der Faire Handel leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kleinproduzent_innen und Kooperativen. Der »Stadtkaffee Celle« Bamenda ist ein exquisiter Hochland Arabica Gourmet-Café und kann im Weltladen Celle, Zöllnerstraße 29 (Passage Weinhandlung Bornhöft) erworben werden.

Am Samstag, dem 6. 4. 2013 um 11 Uhr, wird der Weltladen mit einer Einladung für Sponsor_innen bei einem Tässchen »Stadtkaffee Celle«, dieses Ereignis im kleinen Rahmen feiern.

Öffnungszeiten: Montags – Freitag: 10 – 17 Uhr

Donnerstag: 10 – 18.30 Uhr

Samstag: 10 – 14 Uhr

PS. Der Weltladen Celle sucht Mitarbeiter_innen. Die Ehrenamtlichen verkaufen nicht nur fair gehandelte Ware, sondern lernen auch viel über Wirtschafts- und Umweltpolitik. Vor allem macht die Tätigkeit mit Gleichgesinnten viel Freude.

Linke/BSG:

„Stromsperrern sind sozial inakzeptabel“

Etwa 150 Haushalten pro Jahr müssen in der Stadt Celle eine Stromliefersperre über sich ergehen lassen; nahezu an jedem zweiten Tag wird also irgendwo in dieser Stadt jemandem der Strom abgesperrt. Das ergab eine Anfrage der Fraktion Die Linke/BSG an die Stadtverwaltung. Diese hatte die Fragen an die SVO, den so genannten Grundversorger in Stadt und Landkreis Celle, weitergeleitet. Hier zusammengefasst die Antworten:

Im Landkreis Celle inklusive der Stadt Celle wurde im Jahr 2012 bei rd. 0,5 % der Kund_innen wegen unbezahlt gebliebener Forderungen eine Stromliefersperre durchgeführt. Eine detaillierte Auswertung für das Stadtgebiet Celle liegt nicht vor. Rund 90 % der Liefer-sperrern werden auf Grund von Bezahlung, Umzug u.a. innerhalb von vier Wochen wieder aufgehoben. Jede siebte Sperrandrohung führt in Stadt und Landkreis Celle zu einer Liefersperre. Eine Vielzahl der angedrohten Sperrern können in Folge von Zahlungseingängen noch kurzfristig abgewendet werden.

Die Kosten für die Sperrung und Entsperrung des Stromzählers belaufen sich auf insgesamt 135,78 Euro.

Die Präventionsstrategie der SVO sieht so aus: Unbezahlt gebliebene Abschläge und Rechnungsbeträge werden frühzeitig gemahnt, um die ausstehenden Forderungen möglichst gering zu halten. Es werden auf Rechnungsbeträge Raten vereinbart und Stundungen gewährt, sofern der/die Schuldner_in seinen/ihreren Abschlagszahlungen termingerecht nachgekommen ist.

Aus Sicht der Ratsfraktion sollten aber zusätzlich Gegenstrategien entwickelt werden, um die Zahl der Stromsperrern deutlich zu reduzieren. Oliver Müller (BSG): „Wir fänden es sinnvoll, wenn die beteiligten Akteure sich auf eine klare Zielvorgabe verständigen würden, z.B. die Zahl der Energiesperrern binnen 18 Monaten auf die Hälfte zu reduzieren.“

Vielleicht wäre es sinnvoll, mit der Verbraucherberatung über eine Art Notruftelefon zu sprechen. Dazu aber bedarf es wahrscheinlich einer zusätzlichen finanziellen Förderung durch Landkreis, Jobcenter oder auch SVO.



Armut und Hartz IV in Celle

16,5 % der Kinder bzw. Jugendlichen unter 15 Jahren leben im Landkreis Celle (einschließlich der Stadt) von Hartz-IV bzw. SGB II (Sozialgesetzbuch II). In der Stadt Celle sind es 23,7 % (s. abgebildete Karte). Ähnlich erschreckend hoch sind die Zahlen in Unterlüß, Eschede und Bergen. Bei den Kindern unter drei Jahren müssen im Schnitt noch mal ca. 5 Prozentpunkte daraufgelegt werden.

Dies ergibt eine Studie – „Sozialberichterstattung und soziale Kommunalpolitik“ – des Institut ips aus Hannover vom Januar 2013. Verfasst hat die Studie Dr. Henning Schridde aus Celle. Der Sozialbericht widmet sich insbesondere der Lage von armen Kindern und Familien in Stadt und Landkreis Celle.

Arm bzw. „armutsgefährdet“ sind im Raum Nordostniedersachsen - wozu auch der Landkreis Celle gehört - 15,2 % der Menschen. Genauere Zahlen, speziell über den Landkreis, lagen Schridde offenbar nicht vor. Als arm gilt nach Berechnung der OECD, „wer über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verfügt.“ Das Durchschnittseinkommen in Niedersachsen lag 2011 bei 1.398 Euro, d.h. die Armutsschwelle liegt bei 839 Euro netto für einen Single, bei einer Alleinerziehenden mit einem Kind sind es etwa 250 Euro mehr. Die Hartz-IV-Sätze liegen allesamt darunter: so liegt der Bedarfssatz für einen Single in der Stadt Celle bei 708 Euro und im Landkreis bei 693 Euro.

Sehr aufschlussreich ist es, sich genauer anzuschauen, wer besonders „armutsgefährdet“ ist bzw. in Armut lebt:

- 44 % der Alleinerziehenden,
- 27 % der kinderreichen Familien,
- 56,7 % der Erwerbslosen,
- 38,5 % der gering Qualifizierten und
- 35,5 % der Migrant_innen.

Kaum vorstellbare Zahlen, aber so besagt es der Sozialbericht auf Seite 18.

Schridde stützt sich auf den folgenden Seiten vor allem auf die ausführlichen Zahlen und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zum SGB II bzw. zum Hartz IV. Insgesamt müssen im Landkreis Celle 10,5 % der Bevölkerung (Stand: Mitte 2012) von Hartz IV leben bzw. stocken mit Hartz IV auf; bei den Migrant_innen müssen es sogar 21,9 %. Die Armutsquote von 15,2 % liegt also ca. 50 % über der SGB II-Quote von 10,5 %. Will mensch also die Anzahl der Kinder in Celle ermitteln, die in Armut leben, müssen auf die ganz oben genannten Zahlen (sind ja SGB II – Zahlen) wohl noch einmal etwa 50 % daraufgerechnet werden: Im Landkreis sind es dann etwa 25 % der Kinder und in der Stadt ca. 35 %, die in Armut leben. „Insgesamt bezogen im Jahr 2011 fast 20.000 Personen Leistungen nach dem SGB II (bei einem jahresdurchschnittlichen Bestand von 15.239). Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die zeitweise oder dauerhaft auf Grundsicherungsleistungen angewiesen waren, betrug im Jahr 2011 5.722.“ (Sozialbericht, S. 27) Wie gesagt, die Zahl der „armen“ Kinder ist noch eine Stufe höher.

Bei 40 % der Kinder im SGB II hat mindestens ein Elternteil einen lohnabhängigen Job. Dahinter verbirgt sich das ganze Elend der prekären Jobs: Leiharbeit, befristete Arbeit, Teilzeitarbeit, Mini- oder Midiarbeit, 400-Euro-Job usw. Durch die Bank miserabel bezahlt. Was mich am meisten entsetzt hat bei all den Zahlen, ist der hohe Anteil der Personen im SGB II-Bezug, die keinen Berufsabschluss haben: Fast 60 % der Erwerbsfähigen haben keine erfolgreiche Berufsausbildung absolviert. Dabei liegt der Prozentsatz bei den 25 bis 29-jährigen sogar höher als bei den über 40-jährigen (s. Tabelle). Und für die jüngeren scheint ähnliches vorprogrammiert. Eine ganze Schicht von Armen, Aussiedler_innen und Migrant_innen sowie deren Kinder, scheint praktisch einbetoniert zu sein. Dies belegen auch alle Pisa-Studien der OECD in den letzten Jahren: Bist du arm, hat auch dein Kind keine Chance.

Tabelle 4: Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ohne Berufsabschluss im LK Celle nach Altersgruppen

LK Celle
Juni 2012

	eLb insgesamt	davon im Alter von					
		15 bis 19 Jahre	20 bis 24 Jahre	25 bis 29 Jahre	30 bis 34 Jahre	35 bis 39 Jahre	Über 40 Jahre
LK Celle	62,8	93,4	83,1	59,9	58,5	56,5	53,7
Stadt Celle	65,4	95,8	83,5	61,1	62,2	62,2	56,4
Umland	59,7	90,7	82,5	58,1	53,7	53,7	50,7

Quelle: Statistik der BA, [eLb ohne Berufsbildungsabschluss]

Schridde zieht daraus folgendes Resümee: „Viele der heutigen qualifikationsbedingten Probleme am Arbeitsmarkt verweisen auf längst vergangene Sünden der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die einen Teil der Bevölkerung zurückgelassen hat. Neben verstärkten Bildungsanstrengungen in der Gruppe von Kindern und Jugendlichen sind weitere Anstrengungen erforderlich, um auch den Personen über 25 Jahren eine Ausbildung und damit eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“ Das Gegenteil ist in den letzten zehn Jahren passiert. So hat die Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Umschulungsplätze bei den örtlichen Bildungsträgern drastisch zusammengestrichen. Über Umschulungen können Erwachsene verkürzt eine Berufsausbildung absolvieren, meistens nicht in privaten Betrieben, sondern bei Bildungsträgern. Beispielsweise sei hier die TAS Celle genannt, die vor gut zehn Jahren noch jährlich 50 bis 60 Erwachsene im Metallbereich zum Facharbeiter ausgebildet hat, heute sind es keine 10 Personen mehr. So wurde einigen 100 Menschen eine Perspektive genommen. Kommunalpolitik und Verwaltung, aber auch andere Einrichtungen, könnte hier mit ihrem Einfluss gegensteuern – sofern sie es wollten.

Ebenso gehören Kinder und Jugendliche sowie deren Familien „in den Fokus einer vorsorgenden Sozialpolitik.“ Henning Schridde: „Besonderes Augenmerk ist dabei auf die entscheidenden Weichenstellungen (Übergänge wie z.B. Schuleintritt, Wechsel auf eine weiterführende Schule oder von der Schule in die Ausbildung) in den einzelnen Lebensphasen zu richten, in und an denen die Grundlagen für die erfolgreiche Teilhabe am Bildungs- und Erwerbssystem gelegt werden.“

Kindertagesstätten, Ganztagschule, Gesamtschulen, Berufsausbildung, Weiterbildung – und die alle gut ausgestattet, das wäre schon eine »Hausnummer« gegen Armut, für Selbstbewusstsein und demokratische Rechte – aber wer will das schon.

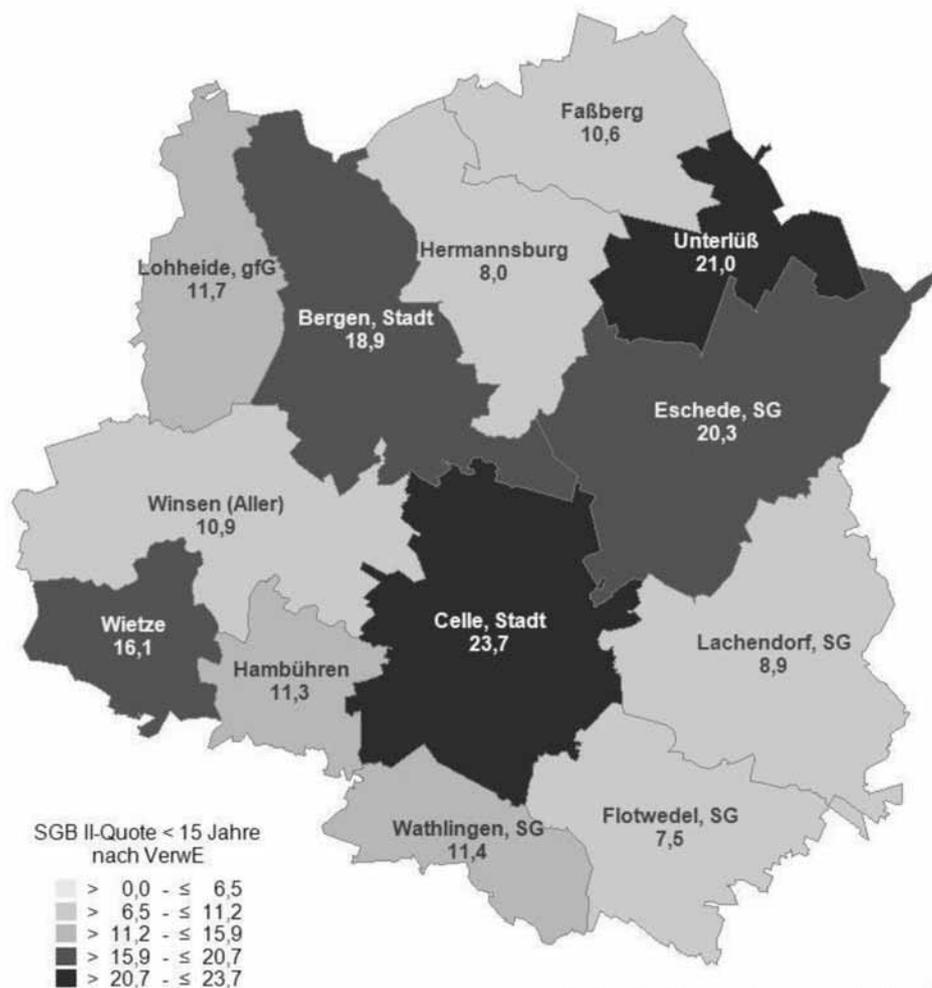
Wie reagiert die örtliche Politik bisher auf den Sozialbericht? FDP,

CDU und Unabhängige hüllen sich bisher in Schweigen; ist scheinbar nicht ihr Thema. Grüne, SPD und Linke/BSG wollen den Sozialbericht zum Thema in den jeweiligen Sozialausschüssen bringen. Wobei SPD und Grüne so tun, als hätten sie mit Hartz IV und Ausdehnung der prekären Jobs nie etwas am Hut gehabt, als hätten sie die nicht zu verantworten. Selbstkritik sieht anders aus.

„In Celle wird es in Zukunft mehr Reiche und mehr Arme geben. [...] Wir werden in ein paar Jahren über eine Sozialarmee diskutieren, die den inneren Frieden erhalten soll.“ (Wilhelm von Fintel, Fachbereichsleiter der Stadt Celle, CZ vom 12.03.13)

P.S.: Der Autor benutzt verschiedene Begriffe wie Armutsquote, SGB II-Quote, Hilfequote oder Mindestsicherungsquote, die leider nicht klar voneinander abgegrenzt werden. Das führt dazu, dass der Leser bzw. die Leserin sich bei den unterschiedlichen Prozentangaben schnell mal verheddert. Dass ein Wissenschaftler öfters in sein Wissenschafts-Deutsch zurückfällt, lässt sich wohl nicht vermeiden.

Abbildung 14: SGB II-Quote von Kindern unter 15 Jahren im Landkreis Celle · Dezember 2011



(c) Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Werter Genosse Falkenhagen,

schon Deine Replik zu den aufgeregten Äußerungen des Genossen Rentsch in der so genannten „Duz-Affaire“ hat uns im Glauben an die Hoffnung bestärkt, dass die Gelassenheit des Alters auch ein Stück Weisheit mit sich bringen kann. Zu einem geflügelten Wort von der Klasse eines (Staats-)Ratsvorsitzenden dürfte aber



Deine Bewertung der Verzögerung des Einzugs von H&M in unsere kleine Stadt werden: „Ich bin sicher, wir haben in Celle genug Anbieter für junge Mode. Unsere jungen Leute werden nicht unbedeutend durch die Stadt gehen müssen.“

Ahoj

Deine Fans von der Freien Deutschen Jugend

Liebe CZ-Redaktion,

wir wissen, dass Du aus nachvollziehbaren Gründen der Vergreisung unserer Stadtgesellschaft mit großer Sorge entgegenblickst. Jeder zweiten arbeitsplatzsichernden Todesanzeige steht der Verlust eines Abos gegenüber. Trotzdem solltest Du Dich nicht von jedem demografischen Quark kirre machen lassen.

Der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung werde sich von heute 30 % bis 2060 auf 63 % verdoppeln. So war es in einem dpa-Bericht zu lesen, der Mitte März durch die Zeitungen geisterte und den auch Du am 12.03.2013 brachtest. Basieren sollten diese Zahlen auf einer Studie der Ruhr-Universität Bochum im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Abgeleitet wurde daraus, dass der Beitragssatz von heute knapp 19 % auf 27,2 % steigen müsste, um 2060 ein Rentenniveau von 41,2 % zu erreichen (derzeit rund 50 %). Die Horrormeldung wurde von Politiker_innen aller Couleur kommentiert.

Für das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) sind die Daten völlig absurd: Schon die Behauptung, heute sei 30 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist absolut falsch. Ende 2011 war 20,6 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter. Und auch wenn es selbstverständlich keine sicheren Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2060 gibt, es gibt die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Und in der Variante »Obergrenze der ‚mittleren Bevölkerung‘« ist für 2060 tatsächlich die Zahl 63,1 zu finden. Nur sagt diese nicht aus, dass 63,1 oder kurz 63 % der Bevölkerung im Jahr 2060 65 Jahre und älter sein werden. Son-

dern: „Auf 100 20 bis unter 65-Jährige kommen 63,1 65-Jährige und Ältere“. Das ist aber eine vollkommen andere Aussage als die nicht nur in den Bertelsmann-Medien ungeprüft und unkritisch verbreitete „Schreckensmeldung“ („Agenda 2060“).

Es sind also in 50 Jahren nicht fast zwei Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt, sondern rund ein Drittel.

Wozu die beabsichtigte Verwirrung taugt, ist klar: Die von Rentenkürzungen Betroffenen sollen weichgekocht werden, und gegen ihre Interessen „Verzicht üben“ und keinesfalls über weitere Erhöhungen des Renteneintrittsalters maulen.

Denkt mal drüber nach, ob nicht auch schon Rentenkürzungen mittelfristig zu dem einen oder anderen Aboverlust führen werden.

Herzlichst
Arbeitskreis Gerontologie Celle

Hallo grüner Stadtverband,

das war ja eine schöne Retro-Aktion. Da distanzierst du dich einfach mal von etwas, mit dem ihr überhaupt nichts zu tun habt – und wo auch niemand annehmen würde, dass ihr damit was zu tun habt. Zu den „Randal-Aktionen vermeintlicher Tierschützer“ (so die Überschrift auf CelleHeute), erklärte eure Stadtverbandsvorsitzende Nadin Biseweski: „Seitens der Celler GRÜNEN bestehen keine bekannten Kontakte zu den u.g. TierschutzaktivistInnen. Auch wenn wir sehr gut die Frustration und Wut dieser Menschen verstehen können, so teilen wir nicht den Weg der Gewalt sondern wählen den rechtsstaatlichen.“ Klar, ihr wählt immer den rechtsstaatlichen – wie bei eurer Zustimmung zum Kosovo-Krieg. Und der war ja nur auf der Ebene internationalen Rechts etwas – nun ja – sagen wir: umstritten. Und weiter heißt es: „Wir sind überzeugt, dass wir auch auf friedlichem Weg an unser

Briefe an die Leser_innen

Ziel kommen können.“ Das gilt aber bekanntlich nur für den Tierschutz.

Worum es ging, wird aus eurer Pressemitteilung nicht ganz deutlich. Ihr meintet doch, euch davon distanzieren zu müssen, dass beim Wirtschaftsamt der Kreisverwaltung einige Scheiben demoliert worden waren? Schön hätten wir gefunden, wenn sich eure Kreistagsfraktion mal vom Verhalten des Kreisrats Höhl distanzieren hätte, der bei einer Anhörung zu Maststallgenehmigungen Kritiker_innen einfach von der Polizei rausgeschmeißen ließ und Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch stellte. Aber klar, das Vorgehen der Polizei war selbstverständlich rechtsstaatlich und friedlich.

Basisgruppe »Wir gegen Celle«



Opferrolle

In Boye ist die Welt in Ordnung; 30,1 % betrug bei der Landtagswahl der Stimmanteil der FDP – nur knapp geschlagen von der CDU mit 35,9 % (die vier Nazi-Wähler kennt man ja, aber wer waren die vier Linken?) Es könnte so schön sein, wäre da nicht die Respektlosigkeit der EU. Da soll doch glatt auf Grundlage der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat) ein Naturschutzgebiet „Untere Allerniederung bei Boye“ entstehen. Nichts gegen Umweltschutz und so, aber der darf doch Herrchen nicht daran hindern mit Hasso die Wege zu beschreiten, die schon sein Vater ging, Und das alles wegen des Kammmolchs (Foto) und der Bartfledermaus? So wurde im Ortsratsprotokoll festgehalten: „Die Menschen sehen sich hier oft in der Opferrolle, da für sie gewisse Dinge Gewohnheit sind.“ (20.02.2013)



Celle stirbt aus

Demografie ist ja gerade groß in Mode (siehe auch den Artikel auf S. 24). Im städtischen Ausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsmodernisierung wurde Anfang März ein Diskussionspapier „Demografischer Wandel“ in Celle vorgestellt. Konstatiert wird:

„Neben dem Umstand, dass die Bevölker-

ung in Celle bis Ende 2030 um 5.900 EW (rd. 8,5 %) abnehmen wird, zeichnen sich Städte dieser Kategorie auch durch einen geringen Familienanteil aus. In Celle leben in nur knapp 20 % der Haushalte Kinder, d. h. das Verständnis für das Leben mit und für Kinder dürfte in der Gesellschaft weiter abnehmen. Generell lässt sich feststellen, dass sich der Rückgang der Bevölkerung nur durch bedeutsame Wanderungsgewinne abbremsen lässt. Dazu bedarf es der erforderlichen Attraktivität, d. h. Beschäftigung, Infrastruktur, Verfügbarkeit von Wohnraum, Kultur, Bildung und Sicherheit.“

So weit so gut. Die Stadt arbeitet daran, dass dies nicht gelingt, wie folgende Äußerung des Fachbereichsleiters für Organisation, Wilhelm von Fintel, im Ausschuss zeigt:

„Der ideale Zuwanderer ist jung, hat ein abgeschlossenes Studium, preußische Tugenden und ist gerne hier. Wo sollen diese jungen Leute herkommen? Südasiaten würden von ihrer Mentalität her am besten hierher passen – aber warum sollen sie ausgerechnet nach Celle kommen, wenn sie auch nach Berlin oder Frankfurt könnten.“

Gute Frage. Wir wussten es schon immer; eigentlich war Biermann mit seiner China-Beauftragten auf dem richtigen Weg. Klar, China ist nicht Südostasien, aber immerhin irgendwo in der Nähe.

Auch sonst sieht von Fintel die Zukunft düster, vielleicht mit Ausnahme der Sicherheitsbranche:

„In Celle wird es mehr Reiche und mehr Arme geben. [...] Wir werden in ein paar Jahren über eine Sozialarmee diskutieren, die den inneren Frieden erhalten soll. Ich weiß, dass klingt provokant oder vielleicht sogar spinnert, aber ich bin fast sicher, dass das kommt.“ (alle Zitate nach CZ, 11.03.2013)

Eigentlich also nur gute Nachrichten für uns Apokalyptiker_innen von der Basisgruppe »Wir gegen Celle«: Celle stirbt aus, was kann es Besseres geben & vorher gibt's noch ein paar schöne Riots! – „Ernsthaft“ beschäftigen wir uns im nächsten Heft mal mit Zahlen und Fakten. (06.03.2013)

Lühmann und Ebeling

Nach der Wahl ist vor der Wahl – so gilt es bei den Parteien jetzt wieder, Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl zu küren. Die SPD hat es ein-

fach: Mit der Diktatorenquote (kleiner Scherz) von 96 Prozent wurde erneut die Bundestagsabgeordnete Kirsten



Lühmann gekürt. – Bei den Grünen gab es eine kleine Überraschung: Für den Wahlkreis Celle-Uelzen tritt Bernd Ebeling (Foto) an. Auf der Wahlversammlung beider Kreisverbände konnte sich Bernd Ebeling im zweiten Wahlgang gegen Wulf Bätje (Celle) und Karl-Heinz Schmäschke (Uelzen) durchsetzen. Ebeling sitzt im Uelzener Stadtrat und dort in einer „Koalition“ mit der CDU. Einigen Celler_innen ist er aber bekannt, weil er bei den letzten Castor-Transporten in Bündnissen zu Streckenaktionen sehr aktiv war. Da haben die Celler Grünen Glück, dass gerade kein Transport ansteht: Sonst müssten sie sich eventuell von ihrem Kandidaten distanzieren. Und das meinen wir jetzt mal positiv – für Bernd. (11.03.2013)



Fukushima

"Nie wieder Fukushima - Atomanlagen jetzt abschalten!" Zwei Jahre nach der verheerenden Reaktorkatastrophe im japanischen AKW Fukushima haben zehntausende Menschen am 9. März erneut einen rascheren und entschiedenen Atomausstieg gefordert. Bundesweit demonstrierten mehr als 28.000 Menschen gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen; rund 20.000 beteiligten sich an der Aktions- und Menschenkette rund ums AKW Grohnde. AKW-Gegner_innen aus Stadt und Landkreis Celle nahmen an Aktionen in Hannover teil. – In 201 Orten kamen am Montag, den 11. März 2013, insgesamt etwa 9.200 Menschen zusammen, um an die unermesslichen Gefahren durch Atomenergie zu erinnern, um einen viel schnelleren echten Ausstieg zu verlangen. In Celle war die Beteiligung an der Mahnwache mit knapp 20 Menschen eher bescheiden. (11.03.2013)

Bandschluppe in blau-weiß

Celle gibt sich finanziell bekanntlich ziemlich klamm. Aber für Freunde ... So werden jetzt für schlappe 2.900 Euro 25 silberne Medaillen gekauft, mit denen Personen geehrt werden sollen, die sich im Bereich der Städtepartnerschaften „in hervorragendem und außergewöhnlichem Maß“ verdient gemacht haben. Für den Kram gibt's extra eine neue Satzung und im § 3 eine wunderschöne Beschreibung des Ordens:

„Das Ehrenzeichen der Stadt Celle für besondere Verdienste um Städtepartnerschaften besteht aus 999er Feinsilber. Es ist ein von Hand gearbeitetes SD-Metallrelief in mehreren Ebenen, Galvanik altsilberfarbig mit 30 Millimeter Durchmesser. Befestigt ist es an einer 22 Millimeter langen Bandschluppe in blau-weiß. Auf der Vorderseite des Ehrenzeichens befindet sich eine Darstellung des Celler Schlosses umgeben von Längen- und Breitengraden. Sie schaffen eine optische Nähe zum Globus. Kleine Punkte symbolisieren die besonderen Orte auf der Welt. Auf der Rückseite des Ehrenzeichens wird der Schriftzug „EHRENZEICHEN DER STADT CELLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM STÄDTEPARTNERSCHAFTEN“ aufgebracht. Dort wird auch das Verleihungsdatum nach folgendem Beispiel vermerkt: „9. Mai 2013“.“

Ach ist es nicht schön. Alle Ratsmitglieder stimmten diesem Quatsch zu, der nach der Verleihung in 90 % der Fälle bis zum Todesfall in Nachttischschubladen liegt und dann von den Erben entsorgt wird. (14.03.2013)



Straßen schaffen Verkehr

Dass das so ist, merken jetzt die Menschen in Nienhagen. Nach Fertigstellung des ersten Abschnitts der Ostumgehung ist die Dorfstraße viel stärker befahren als vorher – „ununterbrochener Verkehrslärm, erhöhte Luftverschmutzung

und eine höhere Unfallgefahr“ sieht die SPD-Fraktion vor Ort und will den Durchgangsverkehr einschränken. Wie wär's mit einer Umgehungsstraße? (14.03.2013)

Agenda 2010 – so schön

Zum 10-jährigen des rot-grünen Meisterwerks befragte die CZ die Polit-Elite. Und die war voller Stolz. „Wichtig, richtig und mutig“, befand die Bundestagsabgeordnete Lühmann (SPD). Maximilian Schmidt, frischgebackener SPD-Landtagsabgeordneter gab zu Protokoll: „Gerhard Schröder hat damals großen Mut bewiesen und heute zahlen sich die Reformen aus, sie sind der eigentliche Grund für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands in den letzten Jahren.“ OB Mende: „Ich hege Sympathie dafür, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zusammen zu fassen.“ Und auch die politischen „Gegner“ können sich nicht einkriegen vor Lob. Henning Otte, CDU-Bundestagsabgeordneter: „Die Agenda 2010 war richtig und notwendig.“ Und der neue Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann (CDU) sekundiert: „Sonst wären wir nicht, wo wir sind. Arbeitsplätze werden geschaffen, wir haben nahezu Vollbeschäftigung.“ (Ja, wo laufen sie denn?) Und Thomas Adasch (CDU): „Aus heutiger Sicht bewertet war das ein richtiger Schritt.“ Und na ja, wo gehobelt wird, da fallen Späne. Selbstverständlich sieht die Partei der sozialen Gerechtigkeit „Auswüchse“, „Missbräuche“, „handwerkliche Fehler“ – aber sonst alles gut: drei Millionen Arbeitslose, vier Millionen Unterbeschäftigte, jede_r Sechste lebt an oder unter der Armutsgrenze. (14.03.2013)

Ostumgehung

Es ist ein Stück aus dem Tollhaus. Da scheitern die Planer zum wiederholten Male an der Allerquerung und ihnen fällt nichts Besseres ein, als einfach mal fix auf der Nordseite der Aller weiterzumachen. Seit Jahren setzen SPD und CDU auf die Strategie, dass kein Verwaltungsgericht mehr Nein sagen kann, wenn die Ostumgehung „eigentlich“ fertig ist und nur noch die Brücke fehlt.

Mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün in Hannover gab es dann noch eine skurrile Diskussion darüber, ob die Bündnisgrünen der Ostumgehung jetzt den Todesstoß versetzen könnten. Die CZ versuchte ein Grünen-Bashing zu inszenieren, dass an der Wirklichkeit nun völlig vorbeigeht.

Susanne Menge, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, hatte angekündigt, dass die Aus- und Neubauprojekte von Bundesstraßen und Autobahnen auf den Prüfstand kämen. „Kein Spatenstich für Celle?“, titelte die CZ. Menge fiel erstaunlicherweise nicht sofort um, sondern teilte mit: „Ich teile die Ansicht des BUND, der gegen die Ostumgehung klagt.“ Und: „Ich halte es für eine kluge Entscheidung, keinen Ring um Celle zu legen. So etwas ist kein Zukunftsmodell.“ Ihr Fraktionskollege Scholing aus Bienenbüttel, fiel ihr sofort in den Rücken: „Die Sache mit dem Spatenstich bezog sich auf Großprojekte wie Autobahnen - nicht auf die B 3 in Celle. Wir sagen nicht: Hier wird nichts mehr gebaut.“

Oberbürgermeister Mende, der Celler SPD-Landtagsabgeordnete Schmidt und die Stadtverbandsvorsitzende der Grünen Bisewski probten dann auch prompt den Schulterchluss. In einer gemeinsamen Pressemitteilung finden sich ausschließlich klar befürwortende Positionen von Mende und Schmidt. Von einer grundsätzlichen Kritik der Bündnisgrünen ist nichts zu lesen. Bisewski ist einzig bemüht, der alten Landesregierung die Schuld für das jetzt bevorstehende „Verkehrschao“ in die Schuhe zu schieben. Und so steht dann unwidersprochen Mendes Statement: im Vorgrund „Fest steht: Jeder Tag ohne Umgehungsstraße ist ein schlechter Tag für den Standort Celle.“

Und Mitte März konnte Maximilian Schmidt nach einem Gespräch mit Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) dann freudig verkünden: „Gute Nachricht für den Landkreis Celle: Die Landesregierung wird die Umsetzung der Celler 'Ostumgehung B3' neu konsequent fortsetzen.“ Und wir wissen mal wieder, warum es so wichtig ist, dass die Grünen in der Landesregierung vertreten sind. (15.03.2013)



Niemand hat die Absicht ...



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“ – köstlich. Ich meine, besser kann man es doch wirklich nicht auf den Punkt bringen, was in Celle gerade läuft.

Oma Lilo: Aber du siehst: Sozialdemokraten sind gänzlich humorfrei.

Die Dicke: Mende will halt nicht mit einem „kommunistischen Diktator“ verglichen werden.

Oma Lilo: Vielleicht hat die revista-online-Seite da eine gewisse Grundnervosität erzeugt. Die hat ja auf ihrer Startseite den OB zum Eye-Catcher erhoben: supermen.de in jeweils unterschiedlichen Rollen. Ich bin schon gespannt auf die nächsten Bilder.

Klein Jonas: Ich finde die *Rio's Polit Love Foto Story* witziger. Ich würde so gern wissen, wie die Dritte der Widerstandsmiezen heißt.

Der Besserwisser: Was ist das denn jetzt? Habe ich was verpasst?

Der lange Lulatsch: Ah ja – die Rio's Kolleg_innen haben – wahrscheinlich unter der rücksichtslosen Knute ihrer ausbeuterischen Chefin – eine superlustige Foto-Story á la BRAVO produziert. Titel: „Liebe & Verrat oder Der Herr der Ringe“.

Der Besserwisser: Ich ahne, worum es geht: Mende, Hardinghaus, Nordwall?

Oma Lilo: Genau. Und der OK (= Oberkönig) kommt dabei nicht besonders gut weg.

Klein Jonas: Er braucht doch nur die blöde Nordwall-Idee in die Tonne treten. Dann ist der Schwachsinn K.O. und der Oberkönig Okay.

Die Dicke: Das gibt's wohl nur im Märchen. Aber vielleicht sollten die Rio's-Kolleg_innen einfach mal eine Superman-Story in der Richtung machen. Denn Hardinghaus, der in der Foto-Story gnädig weichgezeichnet ist, nimmt's ja eher gelassen und erkundigt sich im Real-Life nach der Telefonnummer von Jutta Jupiter, die ihn – aber mehr soll nicht verraten werden – am Ende auf die Seite des Widerstands zieht. Wenn Mende wieder supermen.de wird, weil er darauf verzichtet, „Herr der Ringe“ zu werden ...

Der Besserwisser: Ach Kinder, jetzt habt ihr mich aber neugierig gemacht. Wo bekomme ich das Ding?

Klein Jonas: Na im Rio's selbstverständlich.

Der lange Lulatsch: Aber mal zurück zur Ratssitzung. Das ist ja wohl ein schlechter Witz, was die SPD da anschließend abgezogen hat.

Die Dicke: Na. Ja wohl in erster Linie ihr Fraktionsvorsitzender.

Oma Lilo: Aber sie lassen ihn doch gewähren, oder?

Die Dicke: Okay, er gibt nun mal zu gern den „Schergen des Königs“.

Der lange Lulatsch: Diese inszenierte Duz-Affäre dient doch nur dazu, vom Wesentlichen abzulenken, nämlich, dass Mende und die SPD-

Fraktion voll und ganz auf Privatisierung setzen und CDU und FDP auf der äußersten neoliberalen Spur überholen.

Der Besserwisser: Was damit – nebenbei gesagt – aus meiner Sicht gelungen ist. Die CZ berichtet fünf Tage nach der Ratssitzung zu 2/3 über den angeblich rüden Ton von Bürger Müller und nur zu 1/3 zur nicht gerade unwichtigen Sachfrage.

Die Dicke: Sie können halt nur noch Boulevard. Und wundern sich, dass ihre Zeitung damit unter die 30.000 rutscht.

Oma Lilo: Vor 30 Jahren hätten die am nächsten Tag über anderthalb Seiten von der Ratssitzung berichtet. Den Kern aus jedem Radebeitrag gezogen und womöglich auch noch einen sachbezogenen eigenen Kommentar geliefert.

Der lange Lulatsch: Du sehnst dich nach dem „Heide-Stürmer“?

Oma Lilo: Du wirst es nicht glauben. Der „Heide-Stürmer“ war hundertmal informativer als diese Lokal-BILD, die ja tatsächlich auch ihren besten Verkauf nicht am Samstag haben soll, sondern wegen der lokalen Sportberichterstattung am Montag.

Der lange Lulatsch: Na gut. Irgendwie hast du recht. Das Schreiben im Konjunktiv wird zunehmend zum Leitbild: Geht Mende nach Hannover? Vier Storys mit unterschiedlichsten Kaffeesatzlesereien ... statt einfach abzuwarten, was passiert.

Die Dicke: Vorher schon mal: Drei, vier Berichte über die Frage: Gibt es Neuwahlen für den Rat? Was praktisch gar nicht geht, aber Zeilen schindet ohne Ende.

Oma Lilo: Aber zurück zur Privatisierung. Gibt's denn Chancen, das zu verhindern?

Der Besserwisser: Wasser ist ein ganz besonderer Saft, sage ich mal in leichter Abwandlung des Faust-Zitas. Wie schnell sind die Bündnisgrünen und die WG eingeknickt, nachdem ihnen klar wurde, dass sie mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept einen Blanko-Scheck für Privatisierung unterschrieben haben. Die Unabhängigen sind kurios, weil: die meinen das mit ihrem Wahlkampfslogan „*Einfach. Machen*“ scheinbar irgendwie ernst. Sie wollen tatsächlich keinen überflüssigen Schnickschnack, den unterm Strich die Bürger_innen bezahlen müssen.

Der lange Lulatsch: Aber eine fundierte Kritik hat bisher nur Die Linke/BSG.

Der Besserwisser: Und sie haben Bürger Müller, der die Exerzierhalle rockt.

Oma Lilo: Oder, wie Falkenjagen gegen die Duz-Kritik von Rentsch sagt: *„Aber trotz unterschiedlicher politischer Grundauffassungen habe ich die Überzeugung, dass Toleranz, Großzügigkeit und Freude bei der Diskussion zusammengeführt werden müssen.“*

Die Dicke: Falkenjagen?

Oma Lilo: Ein kleiner Insider-Witz aus der Rio's Foto Story. Müsst ihr mal genau hinschauen.

Die Dicke: Und – gibt's noch was?

Der lange Lulatsch: Ich glaube, wir müssen noch zum Fünzigsten gratulieren.

Alle (auf der Melodie von Stevie Wonder): Happy birthday to you, happyyyy biiirthdaaaay



Landkreis versagt kläglich

Vor 2 1/2 Jahren, am 21.08.2010 fand in Eschede ein Rechtsrockkonzert mit 600 Neonazis aus dem In- und Ausland statt. Eingeladen hatte Marcus Winter (siehe Foto rechts), der seine Haftentlassung unter dem Motto „Hier kommt der Winter“ feierte.

Winter, Neonazi-Kader aus Minden, ist u.a. wegen Volksverhetzung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung verurteilt. Er war langjähriger Initiator des rechts-extremen „Trauermarschs“ in Bad Nenndorf und seit seiner Haftentlassung im Frühjahr 2010 Veranstalter von Rechtsrock-Konzerten; das in Eschede war nur eines von mehreren.

Das Nazispektakel in Eschede war als Geburtstagsfeier mit „*musikalischem Rahmenprogramm*“ angekündigt. Die Einladungen waren nicht ausschließlich intern, sie kursierten auch im Internet und wurden eine Woche zuvor beim Nazi Aufmarsch in Bad Nenndorf verteilt. Es ist also nicht abwegig, die Veranstaltung als eine öffentliche zu betrachten. Celles Kreisdezentern Michael Cordioli sah das wohl auch so; er inspizierte das Gelände mit Zelten, Imbissständen und Getränkeauschank und stellte den „*öffentlichen Charakter*“ der Veranstaltung fest.



Die Fahrzeuge der anreisenden Nazis wurden durchsucht, alle Personen per EDV abgecheckt, Auflagen im Rahmen des Bau-, Lebensmittel und Gewerberechts kontrolliert und beanstandet. Nach einer zweiten Kontrolle am Abend stellte Cordioli keine einwandfreie Behebung der Mängel fest und kündigte ein Bußgeld an. Wegen der fehlenden Schankgenehmigung und Hygienemängeln hätte die Zapfanlage beschlagnahmt werden können. Das erschien den Verantwortlichen aber als nicht verhältnismäßig. Die Polizei leitete wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zwei Ermittlungsverfahren ein, eine Kiste mit CDs wurde versiegelt und bei zwei Gästen wurden Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt.

Am 9. Dezember 2010 erließ der Landkreis Celle einen Bußgeldbescheid über 400 € gegen Winter, der dagegen Einspruch einlegte.

Nun wurde ausgiebig oder besser gesagt langwierig ermittelt: Es sollten die Fragen geklärt werden, ob es sich beim dem Nazikonzert um eine öffentliche Veranstaltung handelte und ob Winter bereits häufiger als Lebensmittelunternehmer aufgetreten wäre.



Nach immerhin acht Monaten waren die Untersuchungen beendet und die Unterlagen gingen ans Amtsgericht Celle, lt. CZ trafen sie dort nach wiederum acht Monaten ein. Ist ja auch ein weiter Weg von der Trift bis zur Mühlenstraße ... Inzwischen ist es Mitte April 2012.

Aber das Trödeln hat sich gelohnt, zumindest für Winter. Das Amtsgericht schrieb ihn nämlich dahingehend an, dass gewisse Verstöße inzwischen verjährt sein dürften. Winter wiederum war postalisch nicht erreichbar, sein Aufenthaltsort musste erst einmal ermittelt werden. Zwei Jahre nach dem Konzert wurde schließlich ein Gerichtstermin anberaumt, der aber noch einmal verlegt wurde. Am 18. Januar 2013 fand dann tatsächlich doch noch eine Verhandlung statt. Dabei stellte sich heraus, dass der konkrete Sachverhalt hätte weiter aufgeklärt werden müssen. Na, ist ja klar, dass in der Kürze der Zeit vielleicht etwas schludrig gearbeitet wurde ...

Aber nun ist es halt so, dass einige Verstöße inzwischen verjährt sind und sich damit die Schuld verringert hat. Und da das Verfahren ja so lange gedauert hat, sprach sich das Gericht für eine Einstellung aus.

Es ist ohnehin etwas armselig, mit Hygienevorschriften und fehlender Schankgenehmigung gegen Neonazis vorzugehen. Aber selbst das klappt nicht. Wir sollten uns doch besser auf unsere eigene Kraft verlassen!

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass Joachim Nahtz den größten Teil seiner Hofflächen verkauft hat. Nach Angaben der CZ bleiben rund ums Haus noch rund 5000 m²; die sieben Hektar Grünland, auf denen bisher die Nazitreffen stattfanden, aber sind verkauft. Weder Verfassungsschutz noch Polizei mochten gegenüber der CZ allerdings ausschließen, dass trotzdem weiter Veranstaltungen auf dem kleineren Gelände des Resthofes stattfinden.

Neonazis betreiben Geschichtsrevisionismus an Infostand Mal wieder rinks und lechts?

Am 16. Februar führten einige Kameradschaftsnazis auf dem Brandplatz einen Stand zu ihrem geschichtsrevisionistischen Lieblingsthema „Dresden“ durch. Mit einer eigentlich sehr gelungenen Aktion unter dem Motto »Nazis abschirmen« protestierten Antifaschist_innen gegen diese Opfermythen-Bildung. Im Zentrum der Berichterstattung der Celleschen Zeitung stand leider eine Auseinandersetzung, bei der ein Antifaschist ein Tierabwehrspray gegen die Neonazis eingesetzt haben soll. Daraufhin schlugen sich auf den Leserbriefspalten einige „Ewiggestrige“ auf die Seite der Neonazis; insbesondere Hanno Graf von Kielmannsegg, der immer mal wieder in dieser Richtung „auffällig“ wird.

Klaus Jordan vom Netzwerk Südheide antwortete in einem Leserbrief, den wir mit seiner Zustimmung hier vollständig veröffentlichen:



Da ist es wieder: das Gleichsetzungsgetöse von linken und rechten Extremisten.

Nach der reißerischen Aufmachung in der CZ über die Auseinandersetzung um einen Infotisch der „Freien Kräfte Celle“ ist viel geschrieben worden, aber wenig berichtet.

Ein paar Fakten:

Seit Jahren mobilisieren Neonazis für eine Demonstration zum Gedenken an die Bombenopfer in Dresden. Ihr „Gedenkmarsch“ soll die „alliierten Angriffskriege gegen die um Freiheit ringenden Völker“ anprangern und die historischen Verantwortlichkeiten umdrehen. Mit dieser (und ähnlichen Aktionen, z.B. in Bad Nennendorf) versuchen Nazis eine deutsche „Opfertradition“ zu installieren und von den eigentlich Schuldigen abzulenken.

Seit Jahren mobilisieren auch in Celle deren einheimische „Nazigrößen“ um Dennis Bührig für diese Dresdner Nazishow, unterstützt von Kräften aus dem Umfeld der (mittlerweile) verbotenen Gruppierung „Besseres Hannover“.

Gegen diese Machenschaften gab es eine breite Protestbewegung, die an den letzten zwei Samstagen mit vielen und unterschiedlichsten Beteiligten in der Innenstadt auf den Beinen war.

Infoflyer wurden verteilt, Diskussionen mit den Passanten geführt, der Handlungsspielraum der Nazis eingeschränkt und deren Propagandaaktion gestört. Das bedeutete für alle, die sich daran aktiv beteiligten: stundenlange Präsenz, großer Diskussionsbedarf, engagierte Auseinandersetzung, vielfältig bis hin zu einer Samba-Trommelgruppe.

Einem von uns war das zu wenig! Trotz Absprache (keine tätlichen Angriffe) attackierte er den Infotisch der Nazis und verletzte mehrere Personen mit Pfefferspray. Ein Verfahren wegen „Körperverletzung“ wird die Folge sein. So weit, so schlecht und eigentlich unnötig.

Trotzdem mutierte diese Einzelaktion zur Headline auf Seite 1 der CZ und zu einem Leserbrief, der ein paar sehr bedenkliche Statements absondert.

Werter Herr Hanno Graf von Kielmannsegg!

Woher wollen Sie wissen, wie die „linke Szene“ mit Andersdenkenden umgeht. Wer ist das überhaupt?

Sie reden von Nazis, „deren Auffassungen man ablehnen kann“, wo aber „nicht alles von vornherein verdammenswert“ ist. Sie sehen diese Personen als Opfer, die wie „Aussätzige und Untermenschen“ behandelt werden, denen gegenüber „Gewalt, Diffamierung, Häme und öffentliche Ausgrenzung“ erlaubt seien und fordern sachliche gleichberechtigte Auseinandersetzung.

Werter Herr Graf!

Haben Sie eigentlich schon mal was von dem NSU gehört oder vielleicht mal an die über 180 Todesopfer nachgedacht, die seit 1990 auf das Konto von Rechtsradikalen gehen? Oder über deren Ausländerhass, Judenfeindlichkeit, das arische Herrenmenschengetöse? Was wissen Sie eigentlich über deren Drohgebärden und



von links: Marcel Demuth, Nils Lorenz, ganz rechts: Dennis Bührig, dritter von rechts: Denny Subke

heimlichen Tötlichkeiten? Haben Sie überhaupt schon mal den Schmutz auf den einschlägigen Webseiten verfolgt oder die Hetzkampagnen gegen Missliebige?

Sie reden viel, aber wissen gar nichts.

Und was die „sinnlose Vernichtung“ Dresdens betrifft. Diesen Krieg, der so sinnlos ist, wie (fast) alle Kriege, haben die Deutschen angezettelt und weitgehend tatenlos weitergeführt, als das Ende schon längst ab zu sehen war. Eingedenk der Zustimmung zu Goebbels' »Wollt Ihr den totalen Krieg?« haben hunderttausende von Opfern auf allen Seiten noch ihr Leben lassen müssen, weil Militär- und Reichsführung lieber ihrem völkischen Überlegenheitswahn oder einem pervertierten Treueeid folgten wollten, als an irgendwelche Opfer zu denken. Die Angriffe der Alliierten waren eine Antwort darauf – schmerzhaft und von präziser Tödlichkeit.

Und, werter Herr Graf, mit den selbsternannten Nachfolgern dieser Verbrechereliten wollen Sie auf Augenhöhe über Recht und Unrecht diskutieren?

Das sehen wir vom »Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus« ebenso wie alle „Linken, deren Sympathisanten und linksextremen Gewalttättern“ ganz anders und fordern weiterhin, allen Naziaktivitäten einen Riegel vorzuschieben, öffentlich und streitbar.

Niederrohe, den 22.02.13

Klaus Jordan "Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus"

Kleine Ergänzung von revista:

Wie uns zu Ohren kam, fand während des „Tumults“, der in das Zentrum der Berichterstattung gestellt wurde, ein weiterer Reizgasangriff statt. Eine Polizistin soll versucht haben, die Demonstrant_innen damit in „Schach“ zu halten. Ist das auch schwere Körperverletzung? Ach ne, das ist ja was ganz anderes! Es ist ja übliche Praxis der Polizei und viele von uns haben damit schon ihre Erfahrungen gemacht – nicht nur in Gorleben.

Nachdem die Nazis ihren Stand eingepackt hatten, haben sich etliche Antifaschist_innen noch entschlossen eine Spontandemo durchzuführen. *„Entschlossen und kraftvoll bewegte sich der antifaschistische Schirmblock lautstark durch die Celler Altstadt und dann unbehellig von der Polizei auf Hauptstraßen in Richtung Jägerstraße. Beim Neonazitattooshop »Dr. Jerkyll & Mr. Hyde« in der Hannoverschen Straße wurde angehalten um einen Redebeitrag abzuspielen. Das Auftreten der Antifaschist_innen sollte den Betreiber_innen des Ladens klar gemacht haben, dass Neonazis in Celle niemals ungestört ihren Geschäften werden nachgehen können.“* Danach ging es dann zur Polizeiwache in der Jägerstraße, wo der Spray-Aktivist abgeholt werden sollte. Der war zum Glück schon wieder draußen. Aber es kam dann noch ein Beamter zu

den Demonstrant_innen und bedankte sich für den friedlichen Verlauf.

Die Nazis waren in erster Linie aus dem Umfeld von „Besseres Hannover“: Bührig, Demuth und Subke waren bereits am 01.05.2012 bei der Störung der DGB-Kundgebung in Celle dabei, ebenso wie der Kamerad zwischen Bührig und Subke.



Die CD-Kaserne und der Fachdienst Jugendarbeit Stadt Celle veranstalten in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Innenministerium - Abteilung Verfassungsschutz „Aktionswochen gegen Rechtsextremismus“.

Samstag, 13.04.2013, 20.00 Uhr

GUT AUFGELEGT GEGEN RECHTS - im Café RIOS

Mittwoch, 17.04.2013, 19.30 Uhr

Lesung & Diskussion mit OLAF SUNDERMEYER

Bei Sternkopf & Hübel (Neue Str. 11)

"Rechter Terror in Deutschland - Eine Geschichte der Gewalt" so lautet der Titel von Sundermeyers aktuellem Buch, in dem er darstellt, wie wir in Deutschland mit rechtsradikaler Gewalt leben und wie erschreckend einfach sich Neonazis täglich neue Opfer suchen. - 5,00 € im Vorverkauf

Samstag, 20.04.2013, 20.00 Uhr

"Ein Zeichen gegen Rechts" - KONZERT & PARTY

Alle Musiker_innen sind aufgerufen mit uns ein Zeichen gegen Rechts zu setzen und gemeinsam einen abwechslungsreichen, musikalischen Abend zu gestalten. Zudem freuen wir uns sehr darüber, dass die Celler Band "Delivery Van" ein einmaliges Revival spielen wird; im Anschluss : DJ Fancy und StereoPaul, Eintritt frei

Mittwoch, 24.04.2013, 19.30 Uhr

BLUT MUSS FLIESEN – Filmvorführung mit anschließender Diskussion in der CD Kaserne

Donnerstag, 25.04.2013, 11.00 Uhr

DIE KRIEGERIN - Filmvorführung mit anschließender Diskussion in den Kammerlichtspielen

Besuch des Films nur nach Anmeldung möglich.

Viva la velorution!

So sieht Benjamin Reuters Fazit in der *WirtschaftsWoche Green* zum Thema Mobilität aus. In den USA stoppte das Wachstum von zurückgelegten Meilen pro Auto schon im Jahr 2004. Seit 2007 sinkt der Wert. In Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Japan sinken die Werte der Autokilometer pro Person bereits seit 1990. Die Zeiten, in denen der Autoverkehr in der westlichen Welt immer mehr zunimmt, sind vorbei. Experten sprechen daher vom *Peak-Car*, angelehnt an den *Peak Oil*, mit dem das Maximum der weltweiten Ölfördermenge gemeint ist. Die Auswirkungen des *Peak Car* auf die Mobilität der Zukunft hat das Berliner Think-Tanks *f/21* untersucht. Demnach gehen seit dem Jahr 2000 in Deutschland die Neuzulassungen von Autos zurück (Ausnahme das Abwrackprämienjahr 2009). Wer also sein Auto stehen lässt und für den Weg zur Arbeit, zum Sport oder in den Urlaub z.B. das Fahrrad nutzt, liegt voll im Trend?

Nächste *Critical Mass* am Sa., 13. April, um 12.00 h
Treffen Neumarkt/ Ecke Nordwall

Besonders Jüngere (unter 24) nutzen häufiger öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad. Gründe für Alternativen zum Auto sieht die Studie zum einen darin, dass PKWs in Städten mit hohem Verkehrsaufkommen und begrenzten Parkmöglichkeiten mensch selten schneller und bequemer von A nach B bringt als andere Verkehrsmittel. So liegt in Berlin die Durchschnittsgeschwindigkeit des Autoverkehrs bei 24 km/h. Fahrräder sind da fast ebenso schnell und können kostenlos und überall parken.

Als weiteren Punkt für den Autoverdruss werden die steigenden Kosten für Haltung und Nutzung genannt. Und, kaum zu glauben: das Auto soll als Statussymbol ausgedient haben. So kann sich fast ein Drittel der Deutschen ein Leben ohne eigenen PKW vorstellen. (Doch: „Was nutzt die Liebe in Gedanken“).

Da scheint Günter Jauchs Frage in einer *Wer wird Millionär* Sendung an einen Kandidaten: „Haben sie ein Auto, sind sie mobil?“ nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu liegen. In Städten wie Lüneburg wird der Wunsch nach mehr Raum für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer_innen bereits teilweise umgesetzt. Es gibt breitere Radfahr“schnellspuren“, Einbahnstraßen können beidseitig befahren werden, die Ampeln sind nicht ausschließlich zu Gunsten von PKWs geschaltet. Der Selbstverständlichkeit, mit der Autofahrer_innen den (Stadt)verkehr dominieren und ihnen ganz nach dem Recht des Stärkeren in der Vergangenheit mehr und mehr öffentlicher Raum verfügbar gemacht wurde, muss deutlich energischer entgegen getreten werden. Was in der Studie auffällt ist, dass den Menschen hierzulande

der Aspekt des verheerenden Klimawandels weltweit keinen nennenswerten Grund liefert, auf ihr Auto zu verzichten. Ebenso bleibt unerwähnt, dass Autos entgegen dem Marketing-Versprechen der Automobilindustrie weder Freiheit noch Sicherheit bedeuten. So nennt der Verkehrssicherheitsrat deutliche Zahlen: Im Jahr 2011 sind täglich 11 Menschen im Straßenverkehr ums Leben gekommen, weitere 1075 Menschen wurden pro Tag verletzt. Sicherheit geht anders. Und welche Freiheit durch das Auto ist gemeint? Die, auf Autobahnen stundenlang im Stau zu stehen? Oder die, zur rush-hour die Innenstädte in stinkende, abgasverseuchte, Krebs und Atemwegserkrankungen auslösende NO GO-Zonen für nichtmotorisierte Städter_innen zu machen?

Krebs durch Dieselfuß

Im vergangenen Jahr kam es zu einer Neubewertung von Dieselaabgasen durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO). In Hinsicht auf das Krebspotential stufte die WHO Dieselemissionen ebenso krebserregend ein wie Asbest, Arsen oder Senfgas. Ehemals als potentiell krebserregend, wird der Treibstoff nun ursächlich für Lungenkrebs genannt und eine Verbindung zu Blasenkrebs hergestellt. Aus früheren Studien ist bereits bekannt, dass das Einatmen von Dieselaabgasen zu Atemwegserkrankungen führen und einen Herzinfarkt auslösen kann. Im *British Medical Journal* sehen Wissenschaftler_innen den Beginn des Herzinfarkts bei 79.288 Menschen aus verschiedenen Regionen Englands und Wales in direkter Abhängigkeit von den dort jeweils gemessenen Werten zur Luftqualität.



Inwieweit das Ergebnis der WHO dazu führt, per Gesetz Lebewesen vor Dieselaabgasen zu schützen und damit sind nicht bloß halbherzige Maßnahmen wie Rußpartikelfilter gemeint, die gerade die gefährlichen Rußteilchen im Nano Bereich nicht zurückhalten können, bleibt abzuwarten. Doch im Hinblick darauf, dass bereits Mitte der 1980er Jahre im Umweltbundesamt das Wissen um die gesundheitlichen Auswirkungen von Dieselemissionen bekannt waren, ist anzunehmen, dass auch aktuell der Ball flach gehalten wird, um die Profite der Automobil- und Erdölbranche nicht zu gefährden.

Und die Verbraucher_innen? Selbstverständlich würde heute niemand mehr Asbest wissentlich z.B. in Häusern verbauen, beim Kauf eines Dieselfahrzeugs regen sich jedoch kaum Bedenken. Und wer schon einen Diesel fährt, macht sich in der Regel auch keine Gedanken mehr darüber, was er und sie ihrer Umwelt antun, wenn sie mit dem Auto zum Einkaufen oder in den Kindergarten fahren.

Ein Umschwenken von fossilen Energieträgern auf sogenannten Agro-Sprit also Treibstoff aus nachwachsenden Rohstoffen ist mit Blick auf die Welternährung keine Alternative. Fruchtbare Erde sollte und muss weltweit der Nahrungsmittelherstellung vorbehalten sein.

Zudem haben im Jahr 2006 Wissenschaftler_innen der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig in Laborversuchen nachgewiesen, dass Rapsölabgase zehnmal stärker das Erbgut von Mikroorganismen verändern als Dieselaabgase.

Klimakiller Dieselruß

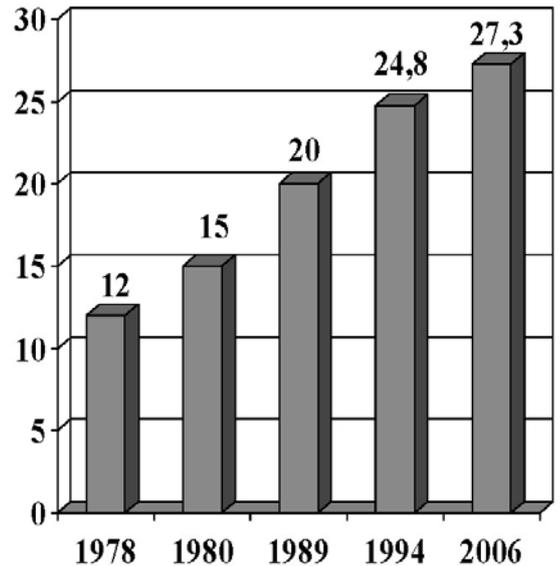
Rußpartikel aus Dieselmotoren von Fahrzeugen, Schiffen und Baumaschinen absorbieren das Sonnenlicht und tragen damit zur Erwärmung der unmittelbaren Umgebung bei. „Rußpartikel sorgen dafür, dass die



Arktis und die Gletscher der Erde massiv abnehmen“, so die Forscher des *NASA Goddard Institute for Space Studies*. Umweltwissenschaftler Axel Friedrich erklärt dazu ergänzend im *presstext Interview*: „Rußpartikel lagern sich auf den weißen Eisflächen ab und reduzieren die Reflexion des Sonnenlichts um bis zu 40 Prozent. Das führt zur noch schnelleren Erwärmung des Eises und zum beschleunigten Abschmelzen der Gletscher.“

Zum Picknick auf die Allerbrücke?

Rund 644.000 km sind in Deutschland mit Autobahnen, Bundes-, Land- und Kreisstraßen bebaut. In Wikipedia finden wir unter *Straßennetz*: ... entsteht aus dem Bedürfnis, Transportaufgaben zu bewältigen. Transportiert werden demnach Menschen (vom Wohnort zum Arbeitsplatz) und Konsumgüter. Folgerichtig brauchen wir diese Straßen nur so lange, wie wir bereit sind, Arbeit aufzunehmen, die nicht in der Nähe unseres Lebensmittelpunktes liegt und wir hauptsächlich Nahrung und andere Waren konsumieren, die nicht in unserer Region erzeugt wurden. Würde sich diese Gesellschaft nun nach ökologischen und sozialen Kriterien neu organisieren, bräuchten wir einen Großteil dieser 644.000 Beton und Asphalt Kilometer nicht mehr. Was würden



„Anteil des Radverkehrs bei der Verkehrsmittelwahl“ in Celle laut Befragungen; siehe: Radverkehr in Celle, Celle 2010. Da würden wir gern mal wissen, wie die Frage lautete.

wir Celler_innen machen mit z.B. dem Wilhelm-Heinrich-Ring, dem Thaerplatz oder der Kreuzung am Neumarkt? Wir hätten Plätze, frei von Fahrzeugabgasen und Lärm, die wir bisher bereitwillig dem Auto- und LKW-Verkehr überlassen haben.

Eine Technologie, die gravierende Umweltschäden anrichtet, die krank macht, die täglich Menschen und unzählige Tiere verletzt und tötet und die die Reichen der Welt noch reicher macht, gehört nicht nur zurück gedrängt, sondern abgeschafft! *Viva la velorution!*

Umsonst-Laden im Bunten Haus

Ab April gibt es einen Umsonst-Laden im Bunten Haus – er befindet sich in der leider aufgegebenen Fahrradwerkstatt und ist vom Hof her zugänglich.

Wenn ihr euch fragt: „Was ist das denn?“, kommt einfach zur Eröffnung am Sonntag, den 7. April, ab 15 Uhr.



Grün, grün, grün sind alle meine Kleider, Weil mein Schatz ein Jäger ist

Grün, grün, grün sind alle meine Kleider,
Grün, grün, grün ist alles, was ich hab.
Darum lieb ich alles was so grün ist,
Weil mein Schatz ein Jäger, Jäger ist.

Der Lodenmantel hat zwar eine lange Tradition in den Reihen der bündnisgrünen Parteimitglieder, was bisher eine allzu große Nähe zu den Träger des »grünen Rocks« trotzdem eher nicht zuließ. So war es doch etwas überraschend, dass die CZ anlässlich eines der ersten Termine des neuen niedersächsischen Landwirtschaftsministers bei der Jahreshauptversammlung der Celler Jägerschaft titelte: *„Meyer sieht die Jäger als Partner“*. (CZ, 11.03.2013) Nun schleimte sich Christian Meyer wohl tatsächlich ein, indem er zum besten gab, er esse durchaus Wild - so dass er, glauben wir dem Redakteur - eine Wildmettwurst *„dankbar entgegen“* nahm.

Doch andere Äußerungen waren weitaus irritierender, zum Beispiel der Satz: *„Manchmal, etwa in Naturschutzgebieten, sei sogar mehr Jagd erforderlich.“* Die Koalitionsvereinbarung ist hierzu auch schwammig genug, heißt es doch nur: *„Daher wird die rot-grüne Koalition [...] auch die Jagd in EU-Vogelschutzgebieten thematisieren.“* Thematisieren - nuja, das hat er gemacht. Aber: Die Darstellung in der CZ wies der niedersächsische Landwirtschaftsminister Meyer in einer mail an den ihn kritisierenden »Wattenrat« entschieden zurück; das sei nie so gesagt worden. Das ihm in den Mund gelegte Zitat sei falsch. In Naturschutz- und Vogelschutzgebieten wolle er die Jagd eher weiter reduzieren und etwa Vogelschutzgebiete von der Gänsejagd ausnehmen. Sein richtiger Satz laute, wie ihn etwa die "taz" auch korrekt zitiert habe: *„Es geht nicht um Rehe, Hirsche und Wildschweine, da muss die Jagd in Teilen eher intensiviert werden, zum ökologischen Schutz der Wälder.“*

Besonders gut kam der bündnisgrüne Minister aber auch in der "taz" (*„Niedersachsen bleibt jägerfreundlich“*) nicht weg: Dort wurde dieses Zitat als Relativierung von Aussagen des Wahlprogramms interpretiert, wo noch zu lesen war, die Bündnisgrünen würden *„die Liste der jagdbaren Arten sowie die Jagdzeiten [zu] verkürzen“* wollen. (taz, 04.03.2013) Und weiter: *„Im Wahlprogramm hatten die Grünen ein Fallenverbot bei der Jagd gefordert - Meyer distanzierte sich davon. "Wir wollen das nicht komplett streichen, sondern es geht um den tiergerechten Einsatz von Fallen", sagte er. Diskutieren will er mit den Beteiligten, in welchen Natur- und Vogelschutzgebieten künftig die Jagd möglich sein soll. Im Wahlprogramm war noch vom Vorrang der Natur vor menschlichen Nutzungsinteressen in Schutzgebieten gesprochen worden.“* (ebd.)

Die Bündnisgrünen aber sind glücklich über ihren Minister. Nachdem er neben den Jägern auch den lokalen Grünen und Mitgliedern von Bürgerinitiativen (?)

gesprochen hatte, zog die Stadtverbandsvorsitzende Nadin Bisewski ein positives Fazit: *„Wir haben uns sehr gefreut, dass sich Christian Meyer trotz seines vollen Terminkalenders die Zeit für unsere lokalen Probleme genommen hat. Nicht nur bei der Celler Jägerschaft, sondern auch in der Diskussion mit Mitgliedern von Bürgerinitiativen hat er mit Kompetenz und Charisma überzeugt: endlich ein bürgernaher Landwirtschaftsminister.“* Alles wird gut.



Leberwurst statt Hundefutter?

Mitte Februar gab es im Wietzer Schlachthof eine staatsanwaltlich angeordnete Durchsuchung. Die Ermittlungen würden sich aber nicht gegen den Rothkötter-Konzern richten, war der CZ zu entnehmen. Damit endete das Interesse unseres Lokalblatts. Nun scheint der Hintergrund auch oder gerade für Fleischesser einigermaßen unappetitlich. So sollen, so hören wir aus Wietze, Schlachtreste vom abnehmenden und weiterverarbeitenden Betrieb nicht wie vertraglich vereinbart zu Tierfutter, sondern zu Geflügel-Leberwurst verarbeitet worden sein. Aber vielleicht ist das ja auch nur ein Gerücht. Ansonsten: Herr Meyer, übernehmen Sie!



Sachzwang Demografie kritisieren

Wenn Langzeiterwerbslose von familienpolitischen Leistungen wie Eltern- oder Betreuungsgeld explizit ausgeschlossen werden, ruft dies gelegentlich noch einen kritischen Einwurf hervor – ein Sturm der Entrüstung aber kommt nicht auf. Dass es sich dabei um eine Strategie gesellschaftlicher Hierarchisierung handelt, darauf machte Dr. Susanne Schultz in ihrem Vortrag beim Rosa-Luxemburg-Club Celle im März aufmerksam. Sie ist Mitarbeiterin des Gen-ethischen Netzwerks in Berlin und Autorin von *„Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik“* (Münster 2006).



Im letzten Jahrzehnt hat aktive Bevölkerungspolitik in Deutschland eine Rehabilitierung erfahren. Sie war durch den Nationalsozialismus diskreditiert und musste sich lange mit Nischen im akademischen Betrieb begnügen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Der Staat interessiert sich verstärkt für die Quantität und Qualität seiner Bevölkerung und möchte steuernd und planend eingreifen. Vor allem einkommensstarke, akademisch gebildete Frauen mit deutschem Pass sollen (mehr) Kinder bekommen (Elterngeld, Tagesbetreuungsausbaugesetz etc.); auf der anderen Seite wurden staatliche Unterstützungen für Hartz-IV-Empfängerinnen gekürzt. So wird gesteuert, wer Kinder bekommt und welche Kinder geboren werden.

Die zentrale These von Susanne Schultz lautete: *„Die »Demografisierung« sozialer Probleme ist Voraussetzung für die Renaissance einer aktiven Bevölkerungspolitik, die ausdrücklich Bevölkerungsgröße und –zusammensetzung gestalten will. Demografie dient hier dazu, gesellschaftliche*

Konflikte in einen Sachzwang umzuformulieren und damit zu entpolitisieren.“

Familienpolitik zielt auf die Vermehrung spezifischer Bevölkerungsgruppen ab. Nehmen wir die beklagte Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen. Diese, so wird behauptet, führe zu Engpässen beim Fach- und Führungskräfte-Nachwuchs. Statt aber zum Beispiel soziale Ungleichheit abzubauen und das Bildungssystem durchlässiger zu machen, soll die Geburtenrate bei denjenigen gesteigert werden, bei deren Nachwuchs quasi naturgegeben vorausgesetzt wird, die würden Führungskräfte werden.

Die entsprechenden familienpolitischen Maßnahmen zielen genau darauf ab, mit Steuerfreibeträgen für Kinderbetreuung die Besserverdienenden deutlich mehr zu „entlasten“ oder mit dem Elterngeld diejenigen mit höheren Nettoeinkommen deutlich zu bevorzugen. Und gleichzeitig wird Elterngeld und das kommende Betreuungsgeld auf ALG-II-Leistungen angerechnet, d.h.: dort kommt kein zusätzlicher Cent an.

Susanne Schultz verwies auch darauf, dass den bevölkerungspolitischen Maßnahmen eine nationalistische Logik innewohnt. Die gewollte Erhöhung der Geburtenrate wird konkurrierend gegen mögliche Immigration in Stellung gebracht. Insoweit hat die aktuelle Familienpolitik nicht allein klassenpolitische, sondern auch rassistische Züge.

Demografisch begründete Politikansätze folgen einer Sachzwanglogik, die überhaupt nicht mehr Fragen zulässt, wie etwa die, ob es überhaupt notwendig ist, die Bevölkerung zu vermehren oder zu »verjüngen«. Darüberhinaus steht weiterhin im Zentrum, wie Frauen – und nicht Männer – zu einem Leben mit Kindern motiviert werden können. Der Fokus wird darauf gerichtet, wie Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Das kommt »progressiv« daher, aber letztlich wird nur das Modell des Alleinverdieners durch das des Hauptverdieners mit zuverdienender Ehefrau ersetzt. Geringfügige Beschäftigung und schlecht bezahlte Teilzeitarbeit im Zuge von Hartz IV sind vor allem als »Frauenarbeitsplätze« entstanden. Die Kritik an der geschlechtliche Arbeitsteilung dagegen ist von der Tagesordnung verschwunden, die Zuständigkeit von Frauen für Kinderbetreuung und Hausarbeit wird nicht infrage gestellt.

Das Fazit von Susanne Schultz: *„Eine gesellschaftskritische, egalitäre und emanzipatorische Kritik an den Politiken des Kinderbekommens muss »Demografisierung« an sich in Frage stellen. Denn sie zementiert soziale Ungleichheit und rassistische Exklusion und stellt letztendlich die Existenzberechtigung bestimmter Bevölkerungsgruppen – vermittelt über ihre »Fortpflanzung« - in Frage.“*

Das Wirtschaftsimperium der DAF

Vor 80 Jahren, am 2. Mai 1933, zerschlugen die Nationalsozialisten die Gewerkschaften und eigneten sich mit der Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) deren genossenschaftlichen Betriebe und Selbsthilfe-Organisationen an. Dies war die Basis für die mitgliederstärkste Organisation des „Dritten Reiches“ und ein wahres Wirtschaftsimperium. Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann stellte im Februar in einem Vortrag in der Volkshochschule Celle die Thesen seiner Arbeiten zu eben diesem, das Alltagsleben im NS dominierenden „volksgemeinschaftlichen Dienstleister“ vor.

Mit rund 25 Millionen Mitgliedern war die DAF die mit Abstand größte NS-Massenorganisation, die bei Kriegsbeginn mit knapp 50.000 hauptamtlichen Funktionären fast doppelt so viele hatte wie die NSDAP selbst. Damit spielte sie auf den politischen Bühnen des „Dritten Reiches“ eine wichtige Rolle. Daneben baute die DAF einen Konzern auf, der auf dem Höhepunkt des Krieges ungefähr 200.000 Beschäftigte zählte, 30 Prozent mehr als der Siemenskonzern. In der ersten Kriegshälfte setzten die Betriebe der DAF jährlich ungefähr so viel um wie der damals weltgrößte Chemiekonzern, die I.G. Farbenindustrie.

Der Historiker beschrieb in seinem Vortrag zunächst die sieben Säulen dieses Wirtschaftsimperiums. Dazu gehörten zunächst die Wohnungsgenossenschaften, denen die DAF den demokratisch-genossenschaftlichen Charakter nahm, sie in gewöhnliche Kapitalgesellschaften umwandelte und Ende 1938 unter dem Namen »Neue Heimat« zusammenfasste. Die zweite Säule bestand aus der Volksfürsorge und den Deutsche-Ring-Versicherungen, die zusammen zum zweitgrößten Versicherungskonzern wurden. Die dritte Säule war die »Bank der Deutschen Arbeit«, die aus der übernommenen Hausbank des ADGB entwickelt wurde. Dem Verlagssektor, der vierten Säule, gehörten u.a. die »Hanseatische Verlagsanstalt« und der »Langen-Müller-Verlag« an. Anfang 1941 gingen die Konsumgenossenschaften in den Besitz der Arbeitsfront über und wurden zur fünften Säule. Die DAF baute sie unter dem Namen »Deutsches Gemeinschaftswerk« zu einer Supermarktkette um, die auf einen Marktanteil von knapp zehn Prozent kam. Die sechste Säule, das Volkswagenwerk, trug ab 1940 etwa 15% zum Umsatz des gesamten Konzerns bei. Und schließlich baute die DAF-Führung als siebte Säule ab 1938 einen Werften-Konzern auf, in dessen Zentrum die Vulkan-Werft in Stettin stand.

Dieses Wirtschaftsimperium sollte indirekt volkswirtschaftliche Stimulantia aufbauen, neue Märkte erschließen und die privatwirtschaftlichen Unternehmen über den Konkurrenzmechanismus kapitalistischer Marktwirtschaft unter Druck setzen. – Der Konzern sollte zum Aufbau der sog. "Volksgemeinschaft" beitragen,

z.B. durch ihre Unterorganisation "Kraft durch Freude". Und weiter: „Der DAF-Konzern sollte langfristig zum Nukleus einer rassistisch segregierten Massenkonsumgesellschaft in einem nationalsozialistisch beherrschten Europa werden.“

Die vielleicht wichtigste Aufgabe des DAF-Konzerns bestand aber darin, die sozialistischen Milieus zu zerstören, die breite Arbeitnehmerschaft zu atomisieren und in einem zweiten Schritt diese dann in die sog. „Volksgemeinschaft“ zu integrieren. Zur Bewältigung dieser Aufgabe war die „Entgenossenschaftlichung der Genossenschaften“ und deren Umwandlung in normale kapitalistische Unternehmen eine unabdingbare Voraussetzung. Sozialistische Genossenschaften basierten auf der Selbstbestimmung und waren mit dem Führerprinzip des NS-Systems unvereinbar.



Hachtmanns Fazit: „Die Arbeitsfront hat hier ganze Arbeit geleistet. Die sozialistischen Milieus zerfielen. Die DAF und ihr Konzern wurden zu Totengräbern der bis 1933 starken Genossenschaftsbewegung. Nach 1945 [...] kam [es] nicht zu einer dauerhaften Wiederauferstehung der Genossenschaften und Selbsthilfe-Einrichtungen der Arbeiterbewegung. Auch die westdeutschen Gewerkschaften, also der DGB, erlagen der Faszination großer ökonomischer Einheiten - bis zum Crash der Neuen Heimat und der Coop AG. Nicht einmal ein Jahrzehnt nach dem Ende der Arbeitsfront befand sich die Bundesrepublik auf dem Weg in eine kapitalistische oder wenn Sie so wollen: fordistische Massenkonsumgesellschaft, die zwar nicht offen rassistisch konnotiert war, aber in groben Zügen dem Weg folgte, den das Wirtschaftsimperium der DAF vorgezeichnet hatte.“

Rüdiger Hachtmann: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933, (Wallstein Verlag) Göttingen 2012, ISBN-13: 9783835310377, 710 Seiten, 49,90 EUR.

Foto: Robert Ley (Mitte links), Leiter der DAF, bei einem Besuch in Celle am 20. August 1941; rechts neben ihm Gauleiter Otto Telschow.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Wenige Tage nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933, die den Nazis nicht die gewünschte Mehrheit gebracht hatte, wurde in München am 9. März das erste Gewerkschaftshaus besetzt. Systematisch verschärfte die bürgerlich-faschistische Regierung Hitler/von Papen ihren Terror gegen die organisierte Arbeiterschaft. Waren es zuerst die Kommunist_innen, die eingesperrt, gefoltert und gemordet wurden, so folgten bald die Sozialdemokrat_innen und die Mitglieder und Funktionär_innen der Freien Gewerkschaften. An der Besetzung der Gewerkschaftshäuser beteiligten sich nicht nur die SA und die SS, sondern auch die Polizei.

Einem Schreiben des ADGB an den Reichspräsidenten von Hindenburg, denselben von Hindenburg, der im Frühjahr 1932 mit Unterstützung der SPD und ihrer Gewerkschaften gewählt worden war, ist zu entnehmen, dass am 5. April 1933 schon über 60 Gewerkschaftshäuser besetzt waren. Am Ende dieses Schreibens heißt es: *„Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, auch unter Bezugnahme auf unsere früheren Schriften vom 8., 11., 13., 15. und 20. März alles einzusetzen, um Recht und Gerechtigkeit in Deutschland wieder zur Geltung zu bringen. ...“* Dieses Dokument zeigt, wie orientierungs- und hilflos die ADGB-Führung war. Es macht auch deutlich, dass zu diesem Zeitpunkt und noch mehr am 2. Mai 1933 der organisatorische Unter- und Mittelbau der Freien Gewerkschaften weitestgehend zerstört war, denn die Besetzungen wurden nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Am 10. Mai 1933 wurden die Freien Gewerkschaften in die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront „überführt“.

Vor 30 Jahren führte der gewerkschaftliche AK „Grabe, wo du stehst“ Interviews mit älteren Kolleg_innen. Im CELLER ZÜNDEL vom Mai 1983 veröffentlichte Horst Erber einen Artikel mit diesen Aussagen der Zeitzeug_innen zur Zerschlagung der Gewerkschaften. Diesen Artikel veröffentlichen wir jetzt zum 80. Jahrestag erneut und nur leicht überarbeitet.

Kurz zu den Personen: Heinrich K., war, nachdem er in der "Eisernen Front" der SPD die nötige Konsequenz vermisst hatte, zur KPD gegangen und arbeitete in der Sparte der Bauarbeiter in deren "Revolutionärer Gewerkschaftsopposition" mit. Wilhelm T., damals in der SPD, war in der "Freien Turnerschaft" aktiv, der Arbeitersportorganisation in Celle. Er war 1933 in der Buchhaltung des Zuchthauses angestellt. Fritz und Martha K. gehörten zu den wenigen, die sich zur "Sozialistischen Arbeiterpartei", SAP, bekannten. Einer Gruppe, die im Kampf der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD gegeneinander den größten Fehler sah und die SPD für zu nachgiebig hielt. Gertrud S. war Mitglied der KPD und arbeitete in dem der Genossenschaftsbewegung zuzurechnenden Einzelhandelsgeschäft »Consum«.



Propagandapostkarten der NSDAP zum „Tag der Nationalen Arbeit, 1. Mai 1933

Der 1. Mai 1933 - nicht mehr internationaler Kampftag der Arbeiterschaft, sondern „Tag der nationalen Arbeit“

In dem Aufruf des ADGB zum 1. Mai ist nichts mehr von dem zu finden, was für die Arbeiterschaft untrennbar mit der Geschichte dieses Tages verbunden war. Im Gegenteil: Der Aufruf ist durchsetzt von nationalsozialistischer Ideologie und dokumentiert die Selbstaufgabe der Freien Gewerkschaften. Es heißt dort:

„An die Mitglieder der Gewerkschaften? Kolleginnen und Kollegen? Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen seinem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie selbstbewußte Persönlichkeit in die Gewerkschaft des Volkes einzuordnen. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.“

Als wenn das noch nicht genug gewesen wäre, schickte der Bundesausschuss des ADGB am 19. April einen Beschluss hinterher, in dem es u.a. heißt:

„Der Bundesausschuß des ADGB begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen



Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.“

Wenn Teile der organisierten Arbeiterschaft noch die Hoffnung gehabt hatten, dass aus Anlass des 1. Mai der ADGB zu Demonstrationen gegen den NS-Staat aufrufen würde, so wich diese Hoffnung der Wut und dem Zorn über diese endgültige Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor der faschistischen Diktatur.

Gertrud S., die damals in Celle an der 1. Mai-Demonstration teilnahm, berichtet:

„Wir mussten demonstrieren. Wir demonstrierten ja auch die Jahre vorher schon, als »Consum« im weißen Kittel. Die anderen kamen in ihrer Arbeitskluft. Und da habe ich auch mitgemacht. Ich kann nicht sagen, ob vorne Hakenkreuzfahnen waren. Ich weiß nur, da stand überall SA. Natürlich war da Resignation unter den Teilnehmern und da war Bedrücktheit und da war Wut. Na ja nur mit der geballten Faust in der Tasche, mehr konnte man nicht mehr machen. Ich kann mich nicht mehr erinnern, dass zum Beispiel aus dem Demonstrationszug heraus eine Parole gerufen worden wäre, also dagegen.“

Die Teilnahme an den nationalen Feierlichkeiten war keineswegs frei. Gerade in den Betrieben wurden die Arbeiter_innen unter Druck gesetzt. Ihnen wurde häufig mit der Entlassung gedroht, wenn sie sich der Teilnahme an den Demonstrationen entzogen. In einer Kleinstadt wie Celle war der Druck besonders groß, da auch leichter kontrolliert werden konnte, ob jemand den Umzügen fernblieb. Wilhelm T., der damals in der Strafanstalt angestellt war, macht dies deutlich:

„Der 1.-Mai-Umzug, da mussten alle mit. Wer im Betrieb war, musste ja hingehen, das war Zwang. Sich auszuschließen, war ja gleichzeitig wegzubleiben. Und dann war es so, dass diejenigen, die noch nicht in der NSBO waren, die wurden vorweggestellt. Mit einem Schild. Wo ich ging, von der Strafanstalt Celle, waren wir 16 Mann, die in Zivil waren. Da hat man gleich gesehen, aha, das sind diejenigen, die nicht dazugehören.“

Sammelpunkt für die Teilnehmer_innen war der »Wildgarten« in der Nähe des heutigen Hallenbads. Wilhelm T. erzählt weiter:

„Von dort aus wurden wir rausgeführt zum Neustädter Holz: Und dort wurde die Führerrede gehört. Wir hatten uns natürlich schnell verdrückt, damit wir sie nicht hören konnten.“

Auf welchem Gelände hat die Kundgebung stattgefunden?

Wilhelm T.: *„Weißt du, wo das Neustädter Schützenhaus ist? Da ist doch die Fuhsemündung, da war früher ein Eichenwald und eine große Plattform. Hier war ein großer Platz, da konnten wir aufmarschieren. Dorthin war der Zug geleitet worden. Wir haben uns dann abseits in die Büsche verdrückt.“*

Die Celler National-"Sozialisten" konnten in ihrem Propagandaorgan, dem »Celler Beobachter«, der zum amtlichen Organ für den Stadt- und Landkreis Celle avancierte, am 3. Mai 1933 jubeln:

„Der 1. Mai ist vorüber. Wir werden nie vergessen, was er uns brachte. Als Wertvollstes dokumentierte er die feste Verbundenheit aller Schaffenden, aller Arbeiter der Faust und der Stirn. Die Volksgemeinschaft, wie wir Nationalsozialisten sie anstreben, gestern war sie da. Deutlich prägte sie sich auf allen Gesichtern aus, beim Fabrikherrn wie bei seinen Arbeitern und Angestellten.“

Eine besondere Sinngebung wusste die Cellesche Zeitung dem 1. Mai und seiner Entstehung zu geben. In einem Beitrag von Ernst Weiß, dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes in Celle, überschrieben mit »Ein Metallarbeiter«, heißt es dort unter anderem:



Belegschaft der Mitteldeutschen Spinnhütte am 1. Mai 1936, alle mit den Mützen der Deutschen Arbeitsfront (s. oben).

„Im stolzen Bewusstsein ihrer Macht und wichtigen Position, welche die Arbeitnehmer im gesamten deutschen Wirtschaftsleben einnehmen, haben sie sich den von allen deutschen Dichtern besungenen Frühlingsmonat Mai und zwar den 1. Maientag, in Verbindung mit dem Erwachen der Natur ausersahen, um auch in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, aber nicht nur, um ihre Forderungen materieller Art, sondern auch um ihre Kulturbestrebungen zu fördern und als gleich- und mitbestimmungsberechtigter Faktor im Wirtschaftsprozess und somit in die Volksgemeinschaft eingeordnet zu werden.“

Der 1. Mai war seines eigentlichen Charakters beraubt. Demonstriert wurde nicht gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft, gegen die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die verbunden war mit physischem Terror gegen die Funktionär_innen und die Mitglieder der Organisationen der Arbeiterbewegung. Er war umfunktionierte worden im Sinne der Naziideologie zur Propagandaveranstaltung für die Idee der Volksgemeinschaft.

In der CZ vom 2. Mai 1933 wurde der reibungslose Verlauf der Aufmärsche bewundert:

„Ohne Störung lösten sich die vier Anmarschzüge (im Wildgarten) auf und fanden sich in einer der ihnen zugewiesenen sieben Säulen zu einer neuen Gemeinschaft zu-



DAS ROTE SPRACHROHR war eine hektografierte Lokalzeitung der KPD, hier vom 7. August 1932.

sammen." Das "Volk" demonstrierte. In der ihr noch heute eigenen Art, Interessengegensätze zu verschleiern und dem Arbeiter die Ideologie und die Interessen der Herrscheriden als seine eigenen zu verkaufen, heißt es in der CZ weiter: "Hier standen jetzt Meister und Geselle, Behördenchef und Untergebener, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Marschkolonnen, mußten den gleichen Staub des Wildgartens schlucken und sich von der gleichen Sonne sengen lassen."

Der 2. Mai 1933: die endgültige Zerschlagung der Freien Gewerkschaften

An dem Tag, als in der CZ und im »Celler Beobachter« der „Tag der nationalen Arbeit“ noch gefeiert wurde, zerschlugen die Nazis die organisatorischen Reste der Freien Gewerkschaften. Dies war das Ende einer selbstständigen Arbeiterbewegung; und die mögliche Keimzelle einer legalen Opposition gegen den NS-Staat und die sehr bald anlaufenden Kriegsvorbereitungen existierte nicht mehr. Was im Juni 1933 noch folgte, war das Verbot der SPD. Dies war bei den bürgerlichen Parteien nicht nötig. Die lösten sich selbst auf. Eine parlamentarische Opposition gab es folglich nicht mehr.

Am 2. Mai wurden auch das Gewerkschaftshaus bzw. die Geschäftsstellen der Freien Gewerkschaften in Celle besetzt. Dazu die CZ vom 3. Mai 1933:

„Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes wurden gestern von der NSBO die Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten, des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes besetzt.“

Ausgenommen waren von der Besetzung die Christlich-Nationalen Gewerkschaften und der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfen-Verband.

Mit der Besetzung der Geschäftsstellen, der Beschlagnahme der Kassen und der Geschäftsbücher und insbesondere durch die Einsetzung eines Kommissars für jede der drei o.a. Gewerkschaften durch den Leiter dieser Aktion in Celle, den Kreisbetriebszellenleiter der NSBO, Friedrich Schneider, verloren die Freien Gewerkschaften ihre Eigenständigkeit.

Willi K. berichtet:

„Und am 2. Mai besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. Da waren die Gewerkschaften zerschlagen.“

Auf die Frage, ob das Gewerkschaftshaus ohne Widerstand übergeben wurde, erzählt er:

„Ich muss einen Moment überlegen. Die Gewerkschaft war damals am Bahnhof. In dem Haus ist heute eine Kneipe drin. Wenn du vom Bahnhof zum Zuchthaus rumgehst; das war früher das Gewerkschaftshaus. [...] Die Nazis waren bei jedem kleinsten Kassierer. Wer eine kleine Ortsgruppe hatte, oder eine Straßenzelle, der wurde aufgesucht. Da haben sie überall Papiere und Geld weggeholt. Widerstand gegen die Besetzungen hat es nicht gegeben.“

Wer hat die Besetzungen durchgeführt, wollten wir von ihm wissen, die SA?

„Was heißt die SA, hier in Celle war das die NSBO, die waren das.“

Die Besetzung der Gewerkschaftshäuser war eindeutig politisch motiviert. Aber so sicher schienen sich die Nazis ihrer Sache noch nicht zu sein. Es wurde in den ersten Tagen nach den Besetzungsaktionen versucht, Gründe nachzuliefern. Da war von „*Unterschlagungen*“ die Rede und davon, dass „*unsinnig gewirtschaftet worden sei*“, was immer das auch gewesen sein mag. Es war wohl anders. Manche SA- und SS-Leute nutzten die Gelegenheit, sich persönlich zu bereichern und begingen regelrechte Plünderungen in den besetzten Gewerkschaftshäusern. Wie anders ist zu erklären, dass der Chef der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, sich am 15. Mai 1933 an seine eigenen Leute mit der Aufforderung wandte, diese „*Manipulationen*“ abzustellen: „*Über das Vermögen der Gewerkschaften verfüge ich allein.*“

In Celle wurde am 2. Mai nicht nur das Gewerkschaftshaus besetzt sowie die Geschäftsstellen, sondern auch das Haus der Freien Turnerschaft, des Arbeitersportvereins. Das Haus steht am TuS-Sportplatz, und TuS Celle nennt es heute sein eigen.

Erbaut wurde das Haus der Freien Turnerschaft in den Jahren 1927/28 von den Mitgliedern des Vereins in Eigenleistung. Wilhelm T., der auch aktiver Arbeitersportler war, erzählt darüber:

„Das Haus ist nur von der Freien Turnerschaft erstellt worden. Das Darlehen, was wir damals von der Stadt bekamen, war sehr niedrig. Ich weiß noch, wir sind bis nach Oldau raufgefahren und haben dort die Straßengräben saubergemacht, um Mutterboden zu bekommen. Denn das war ja hügeliges Gelände dort, am Neustädter Holz. ... Das Haus wurde am 2. Mai besetzt und beschlagnahmt. Und wurde dann der Hitlerjugend zur Verfügung gestellt. Später war es dann auch so eine Art Lazarett.“

Auf die Frage, ob es bei der Besetzung des Hauses Widerstand gegeben habe, berichtet er:

„Nein. Da wohnte ein Verwalter bei uns im Heim, der war bei der Celleschen Zeitung als Drucker beschäftigt und der machte das nebenamtlich. Da sind die reingekommen und haben das besetzt. Und aus war es. Wir konnten ja keinen Widerstand leisten. Es war der 2. Mai, Sport wurde nicht getrieben, die Sportplätze wurden gesperrt, SA war da aufmarschiert. Und der Verwalter, der da war, der wurde darum später umgesetzt in ein anderes Haus. Das ist alles blitzartig gekommen.“

Willi K. weiß ergänzend zu berichten:

„Aber es gab auch einen Teil bei uns (in der Arbeiterschaft), die auch umschwenkten. Ich habe welche gekannt, die haben sich hingestellt bei ihrem Haus und wollten Widerstand leisten. Beim Haus der Freien Turnerschaft war es auch so. Da hat sich auch einer hingestellt und sagte, nur über meine Leiche. Und da hat ihn die SA an die Seite geschubst. Aber den hättest du dann hier im Dorf sehen müssen, da lief er rum mit dicker Paradeuniform. Und

trug die Fahne. Dabei hat er vorher gesagt, nur über meine Leiche.“

Martha K. berichtet, dass beim Verbot der Gewerkschaften alle wie gelähmt gewesen seien:

„Aber wir haben uns immer noch getroffen, an der Örtze. Bei uns haben sie 'nen paarmal noch Haussuchungen gemacht. Da war ich noch mit meinem ersten Mann zusammen, der war Kassierer der Gewerkschaft in der 'Celler Knopffabrik'. Da haben sie [die Nazis] behauptet, die Kasse stimmt nicht. Aber das haben sie bei allen Kassierern der verschiedenen Gewerkschaftsverbände getan. Wo sie hinkamen, habe sie erzählt: "Die Kasse stimmt nicht." Und da wollten sie meinen Mann noch einsperren. Da hab ich gesagt, ich werde es nachbezahlen, und das habe ich dann auch getan.“

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Nazis der Besetzung von Einrichtungen der Arbeiterbewegung in Celle offensichtlich auf keinen Widerstand gestoßen sind. Im Reichsgebiet hat es wohl hier und dort Widerstand gegeben, insgesamt betrachtet war er jedoch ohne große Bedeutung. Der 2. Mai 1933 markiert den Endpunkt einer Entwicklung, die spätestens am 30. Januar ihren Ausgang nahm, als mit Unterstützung des Finanz- und Industriekapitals und der bürgerlichen Parteien wie der DNVP Adolf Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde. Damit wurde der Weg freigelegt für die Legalisierung des Terrors gegen die Linksparteien, die KPD und die SPD und gegen die Freien Gewerkschaften. Was damals vielleicht noch möglich schien, nämlich die gewaltsame Verhinderung der faschistischen Diktatur durch den Zusammenschluss aller antifaschistischen Kräfte, wurde mit jedem Tag, an dem die Politik der Passivität fortgesetzt wurde, bis hin zur Illusion der Gewerkschaftsführungen, die Organisation in den NS-Staat hinüberretten zu können, unmöglicher. Zwei wichtige Stationen auf dem Weg in den Untergang waren die Lossagung der Freien Gewerkschaften von der SPD und die Selbstaflösung der Eisernen Front, die von den Freien Gewerkschaften, der SPD und dem Reichsbanner zur Verhinderung des Faschismus gegründet worden war.



Rundgang zur lokalen NS-Geschichte

Am Sonntag, den 7. April, laden die Historiker Reinhard Rohde und Tim Wegener ein zu einem zeitgeschichtliche Stadtrundgang zu »Celle im Nationalsozialismus«. Er beginnt um 15 Uhr an der Synagoge und führt an Orte, die für Täter, Opfer und Zuschauer von Bedeutung waren. Der Rundgang dauert etwa zwei Stunden und endet am Mahnmal in den Trifftanlagen. Die Teilnahme ist kostenlos.



Kino 8 ½ im April

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



05. und 06. April

NEMESIS

Ein Paar will sein italienisches Domizil, in dem die Schwester der Frau ermordet wurde, aufgeben und richtet eine letzte Party für Freunde aus, während der die Frau verkündet, dass sie und ihr Mann sich trennen wollen. Kammerspielartiges Drama um die Zerrüttung einer Ehe. Zwar wird die an sich einfache Handlung durch ihre bemühte Verschachtelung sowie die kunstgewerbliche Kameraarbeit präventiv aufgeblasen, doch sorgen zwei herausragende Hauptdarsteller dafür, dass die Reise in (zwischen-)menschliche Abgründe eine große Spannung entwickelt.

Deutschland 2012, Kinostart 15.11.2012, 83 Minuten

Mo., 08. April – 20.00 Uhr (!!)

HASENJAGD

Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen

Der 1993 unter der Regie von Andreas Gruber gedrehte Film "Hasenjagd - Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen" dokumentiert die Ereignisse der "Mühlviertler Hasenjagd". Wie in Celle im April 1945 organisierte die NSDAP, SS und die Bevölkerung im österreichischen Mühlviertl eine Hetzjagd. Verfolgt wurden sowjetische Kriegsgefangene, denen es gelang, aus einem Kriegsgefangenenlager auszubrechen.

Der Film stellt u.a. zwei zentrale Fragen: Warum werden Menschen zu Tätern? Warum werden (wenige) Menschen zu Helfern? Die erste Frage ist möglicherweise durch aktuelle Forschungsergebnisse (Harald Welzer) weitestgehend erhellt worden. Die zweite Frage ist nach wie vor völlig ungeklärt.

In Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V. – Einführung und Diskussion mit Reinhard Rohde

Österreich 1993, 103 Minuten

Do., 11. April – 19.30 Uhr (!!)

WATER MAKES MONEY

Am Beispiel Frankreichs stellt der kritische Dokumentarfilm die Probleme der privaten (Trink-)Wasserwirtschaft dar, die

von den Konzernen Veolia und Suez kontrolliert wird, deren Profitorientierung aber oft genug nicht mit den Wünschen und Ansprüchen der Kunden und Verbraucher in Einklang zu bringen ist.

Veranst.: attac und ver.di OV Celle

Nach dem Film erläutert Peter Rosenbaum (BiBS-Ratsfraktion Braunschweig) als Gast und Diskussionspartner die Probleme der Abwasserprivatisierung in Braunschweig.

Deutschland/Frankreich 2010, 70 Minuten

12. und 13. April

ZERO DARK THIRTY

Nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001 sucht die CIA fieberhaft nach Osama Bin Laden, dem Wortführer der islamistischen Terrorgruppe Al Qaida. Unter den Ermittlern ist eine junge CIA-Agentin, für die die Jagd nach Bin Laden zur persönlichen Mission wird. Der Film schildert kühl die akribische Arbeit des Geheimdienstes und lässt dabei auch den Einsatz von Folter als Mittel der Informationsbeschaffung nicht aus. So nüchtern-objektiv die Erzählhaltung dabei auch ist, ergibt sich doch mehr als eine schlichte Chronologie einer Jagd: ein beklemmendes Psychogramm der Hauptfigur, für die die Suche nach Bin Laden zur Besessenheit wird, während ihr politischer Sinn äußerst dubios erscheint, sowie ein Psychogramm der US-Gesellschaft im "Krieg gegen den Terror", in dem ethische Prinzipien obsolet werden.

USA 2012, Kinostart 31.01.2013, 157 Minuten

19. und 20. April

RENOIR

Spielfilm über den Maler Pierre-Auguste Renoir (1841-1919) in einer späten Phase seines Lebens: Mit einer "Familie" aus Angehörigen, Diensthilfen, Modellen und ehemaligen Geliebten hat er sich auf ein Landgut zurückgezogen und malt in der freien Natur. Seine wichtigste Muse ist eine junge Frau, in die sich sein Bruder Jean, der spätere Filmemacher, verliebt, als er aus dem Krieg zurückkehrt und sich auf dem Landgut erholt.

Frankreich 2012, Kinostart 07.02.2013, 111 Minuten

26. und 27. April

DER GESCHMACK VON ROST UND KNOCHEN

Ein junger Mann reist mit seinem fünfjährigen Sohn von Nordfrankreich an die Côte d'Azur, zieht dort zur Familie seiner Schwester und nimmt einen Job als Türsteher an. Er lernt eine junge Waltrainerin kennen, die bei einem durch einen Orkan verursachten Unfall beide Unterschenkel verliert. Obwohl der Mann weder Mitleid noch Mitgefühl empfindet, hilft er der jungen Frau ins Leben zurück. Das kraftvolle, mitunter wuchtig entwickelte (Melo-)Drama führt seine Handlungsstränge zu einem emotional aufwühlenden Ende zusammen und besticht durch außergewöhnliche Schauspielleistungen in den beiden Hauptrollen.

Frankreich 2012, Kinostart 10.01.2013, 127 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 04. April, 14.30

Museums-Melange: Die Entwicklung der Landwirtschaft vom 18. ins 20. Jahrhundert – mit Dr. Jochen Meiners
Bomann-Museum

Do., 04. April, 19.00

Zur Lage der inneren Sicherheit in Celle Stadt und Land

Vortrag von Eckart Pfeiffer, Leiter der Celler Polizeiinspektion

Veranst.: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW), Sektion Celle

Beckmann-Saal, Eintritt frei

So., 07. April, 15.00

Rundgang „Celle im NS“

Beginn: Synagoge

So., 07. April, 15.00

Eröffnungs-Feier UMSONST-LADEN

Buntes Haus

Mo., 08. April, 20.00

Hasenjagd – Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen

Film und Diskussion zum Jahrestag des Celler Massakers vom 8. April 1945

In Koop. mit Ges. für Christl.-jüdische Zusammenarbeit; Einführung und Diskussion mit Reinhard Rohde

Kino 8 1/2

Di., 09. April, 19.00

"Als wär's ein Stück von mir..." Eine Erinnerung an Carl Zuckmayer

Lesung mit Thomas Held, Eva-Maria Kraske, Bernd M. Kraske

Bomann-Museum, Eintritt: ?

Do., 11. April, 19.30

„Water makes Money“

anschl. Diskussion mit Peter Rosenbaum (BIBS-Ratsfraktion) zur Abwasserprivatisierung in Braunschweig

Kino 8 ½, Hannoversche Str. 30e (Gelände der CD Kaserne)

Veranstalter: attac und ver.di OV Celle

So., 14. April, 11.30

Ausstellungseröffnung: Re:Set - abstract painting in a digital world

Kunstmuseum Celle mit Sammlung Robert Simon

Di., 16. April, 18.30

„Extrem demokratisch“

Vortrag und Diskussion mit David Aderholz

Das allgemein übliche Extremismuskonzept geht davon aus, dass demokratiefeindliche Ideologien nur bei einer Minderheit am Rande der Gesellschaft zu finden sind. Diese Minderheit gilt als extremistisch. Demnach können in der Mitte der Gesellschaft keine derartigen Ideologien, wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus gefunden werden. Diese Aussage steht im auffälligen Gegensatz zu den Ergebnissen aktueller wissenschaftlicher Untersuchungen. Der Vortrag setzt sich u. a. mit der vielfach unklaren und politisch-ideologisch motivierten Extremismustheorie auseinander.

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Diak. Werk

Kreuzkirchengemeinde Windmühlenstraße 43A, Eintr. frei

Mi., 17. April, 19.30

Olaf Sundermeyer

"Rechter Terror in Deutschland - Eine Geschichte der Gewalt"

Der Kenner der rechten Szene wird aus seinem Buch lesen und über seine Beobachtungen berichten, außerdem wird er von seinen regelmäßigen Gesprächen mit Opfern und Tätern rechtsradikaler Gewalt erzählen.

Sternkopf & Hübel, AK 6,90

Do., 25. April, 19.30

Weltmacht Indien? - Aufstieg und Konflikte im Zeichen neoliberaler Globalisierung

Prof. John P. Neelsen, Uni Tübingen

Veranst.: Rosa-Luxemburg Club in Kooperation mit attac und Weltladen

Urbanus Rhegius Haus (Saal), Eintr. frei

Di., 30. April, 19.30

„Eins, zwei, drei ... und Tschüss?“

Die Abmahnung: Warnschuss oder Rote Karte

Info-Veranstaltung von ver.di im Rahmen der Reihe „Tatort Arbeitsplatz“

DAA Celle, Speicherstraße

Mi., 01. Mai, 10.00

Maikundgebung des DGB

Musik: Stars and Bars

Ort: Stechbahn

So., 12. Mai, 11.00

„Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten: Museen machen mit!“

Matinee zum Internationalen Museumstag am 12. Mai 2013

Der diesjährige Internationale Museumstag steht unter dem Thema „Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten: Museen machen mit!“

In einer Gesprächsrunde mit Dorit Schleinitz, der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Celle, Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Celle und Gästen wollen wir uns mit dem Thema beschäftigen „Die Zeitzeugen sterben“.

Wie halten wir die Erinnerung an die Vergangenheit wach und gestalten gemeinsam die Zukunft? Die Veranstaltung wird musikalisch von der Gruppe MIZWA aus Hannover umrahmt. Ein Imbiss wird angeboten. Um Anmeldung und Kostenbeteiligung wird gebeten.

Synagoge Celle, Im Kreise 24

Moderation: Dr. Andrea Hoffmann, Historikerin, Celle

Do., 30. Mai, 19.00

Banken-, Euro- und Staatshaushaltskrise - wer blickt da noch durch?

Vortrag von Burkhard Balz, Mitglied des Europäischen Parlaments

Veranst.: Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW), Sektion Celle

Beckmann-Saal, Eintritt frei

Kunst & Kultur

Fr., 05. April, 20.00

Mondello Jazz Syndicate

Hof Wietfeldt, Celle-Bennebostel, AK 15,00

Sa., 06. April, 21.00

Mr. Irish Bastard

"The Green Room Preloaded" Tour 2013 - Samt Bläsern und ihrer üblichen Instrumentierung mit Banjo, Mandoline, Akkordeon und Tin Whistle hat sich die Irish Folk-Punk Band, die im September ihr 5-jähriges Bestehen feiert, das komplette SEX PISTOLS Album "Never Mind the Bollocks" vorgeknöpft, von God Save the Queen und Anarchy in the UK bis New York und Submission - ohne Ausnahme.

CDK, VVK 11,90 / AK € 14,00

Mo., 08. April, 20.00

JW Jones (Kanada)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 12. April, 20.00

Friday Night Trio feat. El Mago Masin

CDK, VVK 17,90 / AK 20,00

Sa., 13. April, 20.30

Indie Rock mit: Ocean Stereo (HH), Ducs (H), The Eternal Spirit (HB)

Buntes Haus, AK 5,00

So., 14. April, 20.00

Fünf vor der Ehe

CDK, VVK 15,90 / AK 17,00

Fr., 19. April, 20.00

Wenzel

Wenzel verzaubert mit dem Klang seiner von Whiskey und Rauch gegerbten Stimme und mit Akkordeon, Gitarren und Klavier.

CDK, VVK 16,90 / AK 18,00; erm. VVK 11,90 / AK 13,00

So., 21. April, 20.00

Klaus Major Heuser Band

CDK, VVK 15,90 / AK 17,00

Di., 23. April, 20.00

Alias Julius

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 26. April, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Raum auf dem Gelände der CDK

Fr., 26. April, 20.00

Triosence

Triosence verarbeitet Einflüsse von Jazz, Fusion, Folk, World-Music

Beckmann-Saal, VVK 16,90 / AK 18,00; erm. VVK 13,90 / AK 15,00

Sa., 27. April, 20.00

Eric Fish & Friends

CDK, VVK 19,90 / AK 22,00

Mo., 29. April, 20.00

Fowokan - Reggae aus UK

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 30. April, 20.00

Bihlmann Brothers

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 30. April, 20.30

Bet Williams & Elizabeth Lee

Mit ihren jeweiligen Bands, aber auch gemeinsamen Bandprojekt rocken die beiden in den Mai

Schützenhaus Westercelle, AK 9,00

Sa., 04. Mai, 20.00

Honky-Tonk-Kneipenfestival

Sa., 11. Mai, 20.00

Halt mich

Musical mit den Tophits von Herbert Grönemeyer

CDK, VVK 29,90 / AK 31,00; erm. VVK 26,90 / AK 28,00

Mo., 20. Mai, 20.00

Todd Wolfe Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat

20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00

Uhr - Buntes Haus

Umsonst-Laden

jeden Di. und Do, 17.00 - 19.00 Uhr - Buntes Haus

Critical Mass Celle

Jeden 2. Sa. Im Monat., 12 Uhr, Ecke Neumarkt/Nordwall

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 - 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum

jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,

Do., 23. Mai, 20.00

Maybebop

CDK, VVK 21,90 / AK 23,00; erm. VVK 17,90 / AK 19,00

Sa., 25. Mai, 15.00

15. Jugendjazztag der NJIC

Kreistagssaal, Trift, Eintritt: frei

Sa., 08. Juni, 18.00

Streetparade der Stadt Celle

Altstadt, 18 bis 23 Uhr

Redaktionsschluss für die Juni/Juli-Ausgabe ist Montag, der 20. Mai